

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56.

Freitag den 7. März 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübener Volksbote“.)

Berlin, den 6. März 1902.

Der Reichstag setzte am Mittwoch zunächst die Debatte über die Auskunftsstelle für Auswanderer fort, die von der deutschen Kolonialgesellschaft errichtet werden soll. Neue Gesichtspunkte wurden von keiner Seite geltend gemacht. Es ist ganz klar, daß es sich hier um ein verstecktes Werbebureau für die Besiedelung unserer afrikanischen Kolonien handelt, und die Kolonialgesellschaft ist ja verächtlich durch ihre maßlosen Agitationen für unsere verkehrte Kolonialpolitik. Auch aus dem Zentrum wurden Stimmen laut, die sich gegen die staatliche Subventionierung einer solchen Gesellschaft erklärten. Schließlich aber wurden doch die 30 000 Mk. für die Errichtung dieser Auskunftsstelle als einmalige Ausgabe bewilligt. — Eine lebhaftere Diskussion entspann sich über den Erwerb des Banterrains für das neue Dienstgebäude der Kolonialverwaltung. Das für den Erwerb bestimmte Grundstück in der Wilhelmstraße, das einer Fürstin v. Hohenzollern gehört, wird von Sachkennern als ganz ungeeignet bezeichnet. Auch ist der Preis von 2 1/2 Millionen — die Regierung wollte sogar 2 800 000 Mk. zahlen, viel zu hoch. Die Forderung wurde aber schließlich doch mit 126 gegen 91 Stimmen bewilligt. Das freudige Ereignis, einen beschlußfähigen Reichstag zu haben, wurde von der Rechten mit Beifall aufgenommen. Beim Kolonialetat galt die Hauptdebatte der Verlagerung der Hambarabahn bis Nombó. Hier traten besonders die Antisemiten als erregte Kolonialschwärmer auf. Die Regierungsvorlage, welche für die Weiterführung der Bahn 1 500 000 Mk. forderte, wurde in einfacher Abstimmung, ein Antrag Dr. Arendt, der nur 950 000 Mk. für diesen Zweck bewilligen wollte, mit 120 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Morgen geht die Beratung weiter. Außerdem steht die Garantievorlage für die ostafrikanische Zentralbahn auf der Tagesordnung.

168. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundestratsitz: Frhr. v. Richtshofen.

Ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901 wird in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes beim Titel „Auskunftsstelle für Auswanderer“ fortgesetzt.

Graf Arnim (Rp.) verteidigt die Kolonialgesellschaft gegen die Angriffe des Abg. Bebel, daß die deutsche Kolonialgesellschaft parteipolitische Tendenzen verfolge.

Lenzmann (Sp.): In der deutschen Kolonialgesellschaft sind nicht alle Parteien vertreten, sie ist deshalb nicht geeignet, die Organisation der Auskunftsstelle zu übernehmen, da sie zweifellos Werbepolitik für die Kolonien betreiben würde. Außerdem ist die Finanzlage jetzt so ungünstig, daß wir nicht für die Überweisung der 30 000 Mk. stimmen können.

Staatssekretär Frhr. v. Richtshofen bekräftigt, daß die deutsche Kolonialgesellschaft einseitige parteipolitische Propaganda betreiben würde.

Heim (Z.): Wir können die deutsche Kolonialgesellschaft nicht als unparteiische Stelle für die Uebertragung der Auskunftsstelle anerkennen. Wenn wir jetzt die 30 000 Mk. für die deutsche Kolonialgesellschaft bewilligen, so kommt vielleicht im nächsten Jahr der deutsche Flottenverein und fordert von uns gleichfalls eine Unterstützung zur Propaganda für die deutsche Flotte. Mit den 30 000 Mk., die jetzt gefordert werden, können wir schon eine große Anzahl Jünglinge unterstützen. (Bravo! links und im Zentrum.)

Die Abg. Dasbach (Z.) und Dr. Müller-Sagan (Sp.) erklären sich gegen die Bewilligung der 30 000 Mk.

Caenhals (Z.): Wenn man die 30 000 Mk. bewilligt, so kann das nur unter gewissen Bedingungen geschehen, die ich in dritter Lesung in einem Antrage formulieren werde.

Nachdem sich Raab (Ant.) für die Bewilligung der 30 000 Mark erklärt hat, schließt die Diskussion.

Die Regierungsvorlage, welche verlangt, die 30 000 Mk. als dauernde Ausgabe in den Etat einzustellen, wird abgelehnt, der Antrag der Kommission, die 30 000 Mark als einmalige Ausgabe zu bewilligen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei und einiger Zentrumsmitglieder angenommen.

Beim Kapitel „Kolonialverwaltung“ beschwert sich Liebermann von Sonnenberg (Ant.) darüber, daß ein Feldwebel der Schutztruppe, der im Dienste invalide geworden sei, die ihm zustehende Pension nicht vollständig erhalten habe.

Kolonialdirektor Dr. Stuebel erklärt, daß der betreffende Feldwebel aus der Schutztruppe ausgetreten und in das Heer übergetreten sei, die Prüfung und Erledigung seiner Ansprüche also dem Kriegsministerium zustehe.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt.

Es folgt das Extraordinarium. Für den „Afrikafonds“ werden 200 000 Mk. bewilligt. Zum Ankauf der Grundstücke Wilhelmstraße 62 und Mauerstraße 45/46 als Dienstgebäude der Kolonial-Zentralverwaltung wird als erste Rate 1 578 000 Mk. gefordert. Die Kommission beantragt, den Ankauf der beiden Grundstücke unter der Bedingung zu empfehlen, daß der Königlich Preussische Fiskus den Einbruch von Fenstern in die

Korridorwand der bezeichneten Gebäude unter der Garantie gestattet, von der Erlaubnis nur aus zwingenden Gründen zurückzutreten und daß der Gesamtankaufspreis von 2 800 000 Mark auf 2 500 000 Mk. ermäßigt wird. Dana würde die erste Rate auf 1 278 000 Mk. ermäßigt werden.

Berichterstatter Prinz Arenberg theilt mit, daß Prinzessin Luise von Hohenzollern, die Besitzerin der Grundstücke, sich mit dem Preise von 2 1/2 Millionen einverstanden erklärt und daß der preussische Fiskus die Bedingung angenommen habe.

Dr. Müller-Sagan (Sp.) bittet um Absehung der Position, da der Preis zu hoch und das Grundstück überhaupt ungeeignet sei.

Werner (Ant.) tritt für Bewilligung der Summe ein. Bebel (Sd.): Der Theil des Grundstücks nach der Mauerstraße zu wird sich bald als unzureichend herausstellen und kostspielige Neubauten erfordern. Das Grundstück ist ganz ungeeignet. Es würde kaum einen Privatkäufer finden und ein solcher würde sicher nicht mehr als 1 1/2 Millionen zahlen. In der Wilhelmstraße sind mit Rücksicht Grundstücke zu günstigeren Bedingungen zu finden, die für die Zwecke der Kolonial-Verwaltung besser geeignet sind. Wir werden gegen die Position stimmen.

Caenhals (Z.) erklärt sich für die Bewilligung der Summe. Die Bedenken des Abg. Bebel seien schon in der Kommission widerlegt worden.

Damit schließt die Diskussion.

Auf Antrag Müller-Sagan (Sp.) ist die Abstimmung über den Kommissionsantrag eine namentliche.

Der Kommissionsantrag wird mit 126 gegen 91 Stimmen angenommen.

Die Mittheilung des Vizepräsidenten Graf Stolberg-Wernigerode, daß 217 Abgeordnete abgestimmt hätten, das Haus also beschlußfähig sei, wird von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Kolonial-etats, die mit dem Etat für Ostafrika beginnt.

Dr. Arendt (Rp.) nimmt die Aeußerungen, die er bei der Erörterung der Luderbriefe über den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kahler gesagt hat, auf Veranlassung der Witwe des Verstorbenen zurück, weiß es aber auf das Entschiedenste ab, daß sein Vorgehen, wie es die „Köln. Zeitung“ gethan habe, irgendwie in Vergleich gestellt werde mit dem Verhalten des Abg. Bebel betr. des Luderbriefes. Schon Fürst Bismarck habe einmal die „Köln. Zeitung“ das schäblichste Blatt der Welt genannt, und er bitte die Regierung, der „Köln. Ztg.“ die ihr bis jetzt noch immer geschenkte Beachtung zu entziehen.

Baasche (Z.) nimmt die „Köln. Ztg.“ gegenüber den Angriffen des Abg. Arendt in Schutz.

Damit schließt die Debatte, der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Es folgt die Etatsposition, die zur Fortführung der Eisenbahn Tanga-Rorogwe bis Nombó als erste Rate 1 550 000 Mk. fordert.

Dr. Arendt (Rp.) beantragt, als erste Rate 950 000 Mk. zu bewilligen, während die Kommission den Titel ganz beistimmen will. Kolonialdirektor Stuebel bittet wenigstens um Annahme des Antrags Arendt, wenn der Reichstag nicht die ganze Forderung bewilligen wollte.

Richter (Sp.): Ich bitte, die Forderung abzulehnen. Wenn wir auch nur die erste Rate jetzt bewilligen, so sind wir doch für den Bau der ganzen Bahn gebunden. Alle Ausgaben, die wir jetzt noch etwa bewilligen, fallen auf eine Erhöhung der Attrikularbeiträge; das sollten die Herren bedenken.

Staatssekretär Frhr. v. Richtshofen warnt davor, die Arbeiten liegen zu lassen. Die Bahn muß weiter geführt werden, wenn dies auch im langsamen Tempo geschehe.

Dr. Arendt (Rp.): Sparsamkeit wäre ganz falsch angebracht (Lachen links). Die geforderte Summe ist so gering, daß sie im Etat des Deutschen Reiches gar keine Rolle spielt. Wenn wir jetzt unsere ganze Kolonialpolitik vernachlässigen wollten, so könnten wir ja gleich dem Beispiel Hannibal Fühers folgen, der die deutsche Flotte an den Weißbirenden verfeigerte. (Lachen links.) Ohne Eisenbahn können wir in unseren Kolonien nicht aus. Das sollte das Zentrum bedenken, das mit uns die Kolonialpolitik gemacht hat, und uns bei diesem Bahnbau nicht im Stiche lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Ant.) spricht sich für den Antrag Dr. Arendt aus.

Richter (Sp.): Wir befehlen durch die Bewilligung dieser Bahn das Reich mit einem neuen Defizit von 3-4 Millionen Mark. Schließlich wird auf diese Weise die Einführung einer Bier- und Tabaksteuer unmöglich werden. Ist das die Mittelstaatspolitik des Abg. Werner? Herr Dr. Arendt will an anderen Kolonialaufgaben sparen. Dann möge er doch sein Versprechen wahrnehmen, wir sehen ja erst im Beginn der zweiten Lesung des Kolonial-etats. (Heiterkeit.) Die Begünstigung für den Bahnbau, daß Arbeiter beschäftigt werden müssen, ist hinfällig. Es wird immer noch eine Straße abig bleiben, wo Bahnen gebaut und Arbeiter beschäftigt werden können. Man hat auf die 24 000 Mk. Gewerbesteuer verwiesen. Es ist hoch kein Wunder, daß sich, nachdem wir Millionen für unsere Kolonien bewilligt haben, einige Gewerbetreibende dort niederlassen. Von Nombó wissen wir kaum etwas. Wir wissen nicht einmal, ob dort überhaupt ein Europäer wohnt. Die Bahn soll, wie ich gehört habe, ja auch dazu dienen, die Neugierde der Eingeborenen zu befriedigen, die wissen wollen, wie es an der Küste ausseht. Also eine Bahn gewissermaßen zu Sonntag Nachmittag-Spazierfahrten. (Große Heiterkeit.) Eine Million ruht zur anderen; dem muß endlich Einhalt gethan werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Frhr. von Richtshofen bemerkt, daß es sich nicht um eine richtige „Afrikabahn“, sondern nur um eine Bahn von 44 Km. handelt.

Bündewald (Ant.): Herr Richter scheint unter Mittelstaatspolitik Spießbürgerpolitik zu verstehen. Unsere Kolonien

sind sehr werthvoll. Man sollte die deutschen Auswanderer nach dem fruchtbaren Uambara-Land lenken. Man schaffe in unseren Kolonien kleine Bauernhöfe. (Gr. Gelächter links.) Leider ist in unseren Kolonien das Großkapital zu sehr betheilig und macht den Kolonialbesitz zum Gegenstand von Schachergeschäften. Der Abg. Richter als markanter Vertreter des Großkapitalismus im Reichstage, (Lachen links) hätte am wenigsten Ursache, die Mittelstaatspolitik der deutsch-sozialen Reformpartei zu bekämpfen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Darauf schließt die Diskussion.

Die Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der National-liberalen, der Reichspartei, einiger Konservativer und des Abg. Frese (Sp.) abgelehnt.

Ueber den Antrag Arendt wird auf Antrag Richter namentlich abgestimmt. Es stimmen 218 Abgeordnete, und zwar 98 für, 120 gegen den Antrag, der somit abgelehnt ist. Die Position wird nach dem Antrag der Budgetkommission getzigen.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Außerdem Garantievorlage für die ostafrikanische Zentralbahn.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Im Seniorenkongress des Reichstages einige man sich am Mittwoch Vormittag darüber, die Osterferien in nächster Woche nach Abschluß der Etatsberatungen beginnen und bis zum 15. April dauern zu lassen. Von der Mehrheit der Zolltarifkommission wird es abhängen, ob die Sitzungen dieser Kommission schon am 8. April beginnen sollen.

Die Zolltarifkommission hat am Mittwoch vier weitere Nummern des Tarifs erledigt. Der Zoll für unpolirten Reis (Tarifnummer 10) wurde entsprechend dem Tarifentwurf wie bisher auf 4 Mk., der Zoll für polirten Reis (Tarifnummer 161), der bisher 4 Mk. betrug und nach der Tarifvorlage auf 6 Mk. erhöht werden soll, entsprechend einem Antrag Goethen mit 12 (Zentrum und Linke) gegen 11 Stimmen wie bisher auf 4 Mk. festgesetzt. Die Zölle für Weinsaft und Hanssaft (Tarifnummer 15), bisher frei, wurden entsprechend der Regierungsvorlage auf 0,75 Mk. und der Zoll für Leinöl (Tarifnummer 164) entsprechend der Regierungsvorlage von 4 auf 6 Mk. erhöht. Wiederum gab es eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Vorsitzende Rettich eine Entscheidung vom Präsidenten des Reichstages Grafen Ballestrem einzufordern suchte darüber, ob Schlussanträge in der Kommission und vor der Abstimmung über Schlussanträge Geschäftsordnungsdebatten zulässig sind. Graf Ballestrem erklärte dem Vorsitzenden der Tarifkommission, daß die Kommission diese Dinge mit sich selbst ausmachen müsse. Man einigte sich nunmehr vorläufig dahin, daß die Bemerkungen zur Geschäftsordnung, die Ausführungen der Antragsteller u. s. w. vor der Abstimmung über Schlussanträge gestattet sind. — Den Abschluß der erregten Sitzung der Zollkommission am Dienstag bildete, wie noch erwähnt werden mag, die Mittheilung des Vorsitzenden Rettich, daß ein Photograph die Zollkommission aufzunehmen beabsichtige. Mit seinem Vorschlag, dieses Gesuch abzulehnen, fand der Vorsitzende allseitige Zustimmung.

Die internationale Zuckerkonvention ist Mittwoch Abend in Brüssel endlich unterzeichnet worden. Der Vorsitzende De Smeets de Nayer, Ministerpräsident von Belgien, dankte den Delegirten für ihre Mitwirkung an diesem hervorragenden Werk und äußerte die Zuversicht, daß dasselbe gute Früchte für die Menschheit tragen werde.

Die Kommission für Arbeiterstatistik ist zum 13. d. M. zu einer Sitzung zusammenberufen, um den Fragebogen für die Erhebungen über das Fleischergewerbe endgültig festzustellen. Ferner sollen die Erhebungen über die Arbeitszeit der in der Fuhrwerks-Gewerbe beschäftigten Personen vorbereitet werden, und schließlich soll die Kommission auch die Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit der in der Binnenschiffahrt beschäftigten Personen vorbereiten.

Der schwermüthige Vorsitzende. In der „Berliner Volkszeitung“ lesen wir: Herr Meno Rettich, Domänenrath, Vertreter des mecklenburgischen Reichstagswahlkreises Hagenow-Grevesmühlen und zur Zeit Vorsitzender der Zolltarifkommission des deutschen Reichstages, ist plötzlich von einem argen körperlichen Uebel befallen worden. Er hat am Dienstag in der Sitzung der Kommission die Weidung von vier Abgeordneten zum Worte überhört und dadurch heillose Konfusion in der Kommission angerichtet. Diese Schwermüthigkeit des Vorsitzenden, die bis jetzt in der medizinisch-höchst merkwürdigen Komplikation auftritt, daß sie nur wirksam wird, wenn sich Mitglieder der Linken in der Kommission zum Worte gemeldet haben, ist aber nicht die einzige Funktionsstörung, an der Herr Rettich leidet. Er ist auch hochgradig nervös. Er kann das lange Sitzen auf dem Stuhle des Vorsitzenden nicht vertragen. Es ist Dienstag festgesetzt worden, daß er einmal von seinem Platze aufgesprungen und im Saale umhergelaufen ist, ohne

daß er den Vorsitz an seinen Stellvertreter abgegeben hätte. Vermuthlich nur zufällig ist Herr Rettich bei diesen Spaziergängen gewöhnlich in die Nähe des Herrn v. Wangenheim gekommen, und dieser, dem Drange seines guten Herzens folgend, hat dem ambulanten (fliegenden) Präsidenten jedesmal gute Rathschläge ertheilt, um ihm sein schweres Amt zu erleichtern. Leider hatte die Linke kein Verständnis für die Leiden des Herrn Rettich, auch keinen Sinn für des Herrn v. Wangenheim Hilfsbereitschaft. Sie verstellte sich vielmehr in mehrstündigen Debatten auf die Geschäftsordnung, die denn auch schließlich die Leiden des Herrn Vorsitzenden für den Rest der Sitzung zu bannen vermochte. Nun kann ja jeder Gegner der Vollerhöhungen im Grunde mit dem eigenartigen Verhältnis zwischen dem Vorsitzenden der Kommission und seinem Einbläser v. Wangenheim zufrieden sein, denn mit ihren ohnmächtigen Versuchen, die Linke mundtot zu machen, hemmen sie das schnelle Fortschreiten der Tarifberathung in der wirksamsten Weise. Aber andererseits kann und darf sich die Linke diese Vergewaltigungen durch Herrn Rettich und seinen Vormund v. Wangenheim schon aus Selbstachtung nicht gefallen lassen, und sie darf es in keinem Falle dulden, daß, wie es Dienstag geschehen ist, Herr von Wangenheim ungenirt abzustimmen beginnt, während der Vorsitzende einem Kommissionsmitglied das Wort ertheilt hat. Diese unerhörte Mißachtung der Geschäftsordnung, die noch nicht dagewesen ist, so lange der Reichstag existirt, war dem Agrarierthume vorbehalten. Sie hat Dienstag bereits zu sehr erregten Wortgefechten geführt, und man wird einzig und allein die agrarische Mehrheit der Kommission dafür verantwortlich machen müssen, wenn in den nächsten Tagen der Ton der Geschäftsordnungsdebatten immer schärfer werden wird und sich schließlich zu unparlamentarischen Formen verheißt. Was für einen Eindruck diese Szenen aber auf das deutsche Volk, auf die Regierungsvertreter, auf das Ausland hervorrufen müssen, unterliegt keiner Frage. Stärker kann der deutsche Parlamentarismus nicht diskreditirt werden, als durch das Gebahren der konservativ-kerikal-nationalliberalen Mehrheit der Volltariffkommission und des mit dieser Mehrheit fraternisirenden Vorsitzenden. Herr Rettich hat in der kurzen Zeit seiner Amtsführung seine Unfähigkeit für den Vorsitz in der glänzendsten Weise erwiesen. Objektivität, die vornehmste und maßgebende Pflicht für den Leiter jeder Versammlung, scheint er nicht dem Namen nach zu kennen. Aber selbst wenn er den Begriff Objektivität in seiner Weise anerkennt und auslegt, so ist er gar nicht im Stande, die Verhandlungen zu leiten, da er keine Ahnung von der Geschäftsordnung hat; das beweisen seine ungläublichen Verjähre, die Widerheit zum Schweigen zu bringen, mit deren jedem er einen Mißfall erlitten hat. Es ist daher die höchste Zeit, daß Herr Rettich den Sessel des Kommissions-Vorsitzenden einem Geeigneteren enträumt. Und will Herr Rettich nicht freiwillig gehen, so muß er dazu gezwungen werden.

Eine agrarische Wahrheit. Bei den Verhandlungen der bayerischen Kammer über die Getreidezölle entzifferte dem Hochagrarien Dr. Heim die Aeußerung: der Zolltarif der Regierung „sei auf den Leib des Großgrundbesitzes direkt zugeschnitten“. — Stimmt! Das haben wir Sozialdemokraten immer gesagt. Herr Dr. Heim aber war es, der unsere Antipathie im Reichstag mit all seiner demagogischen Beweglichkeit bekämpfte.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde Dienstag zunächst der Etat des Ministeriums des Innern zu Ende beraten. Eine längere, nicht uninteressante Erörterung knüpfte sich an das Kapitel „Gendarmerie“. Die Gendarmen erfreuen sich besonderer Protection der Junker, sie werden von der Rechten stets als besonders hervorragende Staatsdiener geehrt. Dienstag geriet auch so ein Herr der Rechten, ein holländischer Landrath Namens Brütt, über die Gendarmen in Eifrigkeit. Er nannte sie die Grundlage der ganzen Verwaltung. Wichtigere wie das von mehreren anderen Rednern noch geäußerte Loblied auf die Gendarmen war eine Anfrage, die der freisinnige Abgeordnete Wiemer an den Minister richtete wegen seiner unzulässigen Interpretation des Vereins- und Versammlungsgesetzes über die Zulassung von Frauen in politischen Vereins-Versammlungen. Dr. Wiemer wies darauf hin, daß die Behandlung, welche in der vorigen Woche Frauen in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin zu theil geworden ist, mit der unzulässigen Erklärung des Ministers in trassendem Widerspruch steht. Der Minister gab auch eine Antwort auf diese Interpellation. Allein so klar seine Ausfahrungen nicht waren, so unklar waren sie diesmal. Herr von Hammerstein hat wohl inzwischen eingesehen, daß er letztlich dem Sinne der Landwirthe eine Vergünstigung gewährt hat, die er uns Sozialdemokraten nicht zugestehen will. Er verkündete seine Erklärung diesmal so, daß sie Niemand recht verstehen kann. Gammal sprach er davon, daß „in geringen Fällen“ Frauen die Erlaubnis erhalten sollten, an politischen Vereinsversammlungen theilzunehmen, dann sprach er wieder davon, daß kein Unterschied der Parteien gemacht werden solle. Es wird also wohl bleiben, wie bisher, die Opposition von links wird weiter nach dem Waisensack des Gesetzes handelt, bei anderen Leuten wird man „Gegenkommen“ zeigen. Noch ein interessanter Vorgang ist zu melden. Herr von Hammerstein schloß sich verächtlich, unserem Gewissen Breitenbeck eine Ehrenklärung zu geben. Er hatte ihn befehllich einen angeblichen „Sprecher“ genannt und mußte zugeben, daß Breitenbeck den Namen eines wirklichen Redners durchaus verdient. Die vom Minister bei dieser Gelegenheit gegen den Reichstag ausgesprochene Beschuldigung, es seien dort „hässliche Angriffe“ gegen ihn gerichtet worden, zog ihm seitens des Präsidenten von Kröcher einen Ordnungsstrich zu.

Kampf gegen schlechte Butter. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 1. März 1902 betreffend den Fett- und Wassergehalt der Butter. Danach darf Butter, welche in 100 Gewichtstheilen weniger als 80 Gewichtstheile Fett oder in nachfolgendem Zusammen mehr als 16 Gewichtstheile Wasser enthält, vom 1. Juli 1902 ab gewerbmäßig nicht verkauft oder feilgehalten werden. — Man sollte es nicht für möglich halten, daß es Agrarier gibt, die so etwas in den Handel bringen!

Gesagete Brodwasserer. Die Mitglieder der Zentralisation des Reichstages und preussischen Land-

tages hatten am 3. März dem Papst Leo XIII. zu seinem Jubeltage telegraphisch beglückwünscht. Darauf ist am folgenden Tage, der „Germania“ zufolge, nachstehende Depesche aus Rom eingelaufen:

Den Doktoren Spahn und Porck

Berlin.

Der Papst hat sehr gern die Glückwünsche und Gelübisse der Katholiken, welche in den Parlamenten des Deutschen Reichs und des Königreichs Preußen die Parteigeschäfte des Centrums führen, entgegengenommen und ertheilt ihnen seinen Segen.

Cardinal Rampolla

Der Wahlgesehenschuß der bayerischen Abgeordneten-Kammer hat einstimmig bezüglich der Wahlkreise folgende Sätze des Referenten Abg. Rumborfer (3.) angenommen:

Der Etat der Abgeordneten berechnet sich nach der Bevölkerungsziffer des Königreichs in der Art, daß im Durchschnitt auf je 88 000 Seelen ein Abgeordneter trifft. Für diese Berechnung ist das Ergebnis der amtlichen Volkszählung am 1. Dezember 1900 maßgebend. Das ganze Königreich wird in gesetzlich bestimmte Wahlkreise für je ein, ebent zwei Abgeordnete eingetheilt. In der Regel darf ein Wahlkreis mit einem Abgeordneten nicht unter 32 000 und nicht über 41 000 Seelen, ebent ein Wahlkreis mit zwei Abgeordneten nicht unter 64 000 und nicht über 88 000 Seelen umfassen. Die zwischen diesen Grenzen bestehende Differenz soll sowohl zur leichteren Abgrenzung der Wahlkreise dienen als insbesondere zum Ausgleich des Unterschieds zwischen den größeren Städten und dem Lande hinsichtlich des in ersteren vorhandenen verhältnismäßig größeren nicht wahlberechtigten Bevölkerungstheiles führen. Bei Bildung der Wahlkreise sind die Grenzen der Amtsgerichtsbezirke (oder der Distrikte) thunlichst einzuhalten. Wenn mehrere Amtsgerichtsbezirke einen Wahlkreis bilden, so müssen diese räumlich zusammenhängen. Ein liberaler Antrag, daß München 12, nicht 11 Abgeordnete erhalten sollte, wurde abgelehnt. Die Wahlkreiseinteilung soll gesetzlich festgelegt, von der Regierung ausgeführt und das Wahlergebn in der nächsten Landtagsession von der Regierung vorzulegt werden.

Nach der „Frk. Btg.“ ist die Regierung mit den vorstehenden Sätzen einverstanden.

Eine Verordnung betr. die Hausflaverei in Kamerun und Togo wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Danach werden die nach der Verkündung derselben geborenen Kinder der Hausflaverei für frei erklärt. Der Verkauf, Tausch und jede derartige Veräußerung der Hausflaverei wird verboten, ebenso die Schuldschuldhaft. Die Verordnung enthält ferner folgenden Schutzparagrafen für die Sklaven:

„Das Hausrecht wird verwirkt, wenn der Herr seine Pflichten gegen den Hausflaven schwer verletzt. Die zuständige Verwaltungsbehörde hat Falle von Mißhandlungen dieser Art, welche zu ihrer Abwendung gelangen, von Amts wegen zu untersuchen und ist gesetzlich beauftragt, die Freilassung des betroffenen Sklaven durch Anstellung eines Freibeutes herbeizuführen, ohne daß dem besagten Herrn ein Anspruch auf Entschädigung zusteht.“

Wie zur völligen Abschaffung der Sklaverei in den deutschen Schutzgebieten hat es danach noch gute Wege.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Budget-Kommission des Reichstages hat Mittwoch die Beratung des Etats abgeschlossen und die vorgeschlagenen Zusatzen mit 17 gegen 11 Stimmen genehmigt. — Das Reichspatentamt ist nicht ebenso wie das Reichsjägeramt auf 25 Jahre seines Bestehens zurück. Das Patentamt begann im Jahre 1877 seine Thätigkeit mit 22 Beamten, die nur nebensächlich thätig waren; gegenwärtig beträgt die Zahl der Mitarbeiter 117; die Gesamtzahl der beschäftigten Personen ist von 40 im Jahre 1877 auf 729 im Jahre 1901 gestiegen. — Die Vereinerung deutscher Margarinefabrikanten hat an den Landwirtschaftsminister v. Podbielski einen offenen Brief gerichtet, in welchem die Wünsche geäußert werden, die der Minister und der Abg. Ring in Abgeordnetenhause gegen die Margarine gerichtet haben. — Die Wahlprüfungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat die Wahl der Abgeordneten v. Alten (Kons.) 6. Wahlkreis in Schleswig-Holstein, wegen schwerer Wahlbeeinträchtigung zu beanstanden und die Wählergebnisse zu veranlassen. — Eine von 700 Personen besetzte, vom Handelsvertragsrat heraufgeholte Volksversammlung in Dornum und nahm nach einem heftigen Streit und nach sehr lebhaften, auch mit dem 3. Marsch geistlichen Debatte gegen 4 Stimmen eine Resolution an, wonach der Abgeordnete Pöhlert erklärt wird, nach den Anforderungen seiner früheren Stellung gegen den Postlauf zu kommen. — Die „Reichs-Volkszeitung“ meldet aus Wetzlar: Dienstag führten in der Zementfabrik 4 Arbeiter in einer Demonstration 300 Arbeiter einen Streik, aber wurde schon verlegt, während der Streik gerichtet worden konnte. — Im holländischen Parlament brachte der Sozialdemokrat am Mittwoch den Antrag auf Abschaffung des deutsch-amerikanischen Abkommens betreffend Abtransport der dänisch-wesphälischen Jepsen an die Vereinigten Staaten ein.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausnahmestand in Triest. Der Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhouses über den Triester Ausnahmestand beschloß, wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ aus Wien melden, den Bericht der Regierung zur Kenntnis zu nehmen und den Ausnahmestand in Triest aufzuheben, sobald es die Verhältnisse gestatten. Die Italiener meldeten ein Minoritätsvotum an, worin die sofortige Aufhebung des Ausnahmestandes verlangt wird. Montag Nacht wurden in Triest und Cormons neuerdings drei Verhaftungen „wegen anarcho-sowjetischer Umtriebe“ vorgenommen. Damit hat die österreichische Regierung die „Verhältnisse“, welche die Aufhebung bis auf weiteres angeht nicht gestatten.

Belgien.

Der Antrag auf Verfassungsergänzung soll, wie Dienstag in Brüssel vereinbart wurde, von 3 Liberalen, 2 Sozialisten und dem christlichen Demokraten Debater eingebracht werden, vermuthlich in der nächsten Woche. Der Zusammenschluß aller Parteien der Opposition macht jetzt täglich Fortschritte. Von der liberalen Presse verhartet, der „Fränk. Btg.“ zufolge, einzig „Etoile Belge“ in bindungslosiger Haltung.

Der Arbeitsrath sprach sich Dienstag, nach monatelanger Debatte, im Prinzip für die gesetzliche Einführung eines wöchentlichen Ruhetages aus.

England.

Im englischen Unterhause brachte Dienstag Humphrey-Dwen eine Resolution ein, in welcher die große Sterblichkeit in den Konzentrationslagern beklagt und die Verzögerung in der Durchführung von Verbesserungen verurtheilt wurde. Der Staatssekretär für die Colonien Chamberlain antwortete: Er bedauere die Sterblichkeit, die angetreten sei, drückte jedoch

die Ueberzeugung aus, daß jede andere Politik, als die von der Regierung befolgte, eine vermehrte Sterblichkeit zur Folge gehabt haben würde. Niemals in der ganzen Weltgeschichte seien so gewaltige Anstrengungen gemacht worden die Schrecken des Krieges auf das kleinste Maß zu beschränken. Die Kosten für die Konzentrationslager betrügen 180 000 Pfund Sterling monatlich. Als der Guerillakrieg begann, habe Lord Mitchener sich erboten, die Frauen auf den Farmen zu belassen, sie sogar mit Lebensmitteln zu versehen, wenn Votha ihnen erlaubte, den Neutralitätseid zu leisten. Votha habe dies abgelehnt und die Politik sei von den Büren weiter befolgt worden bis in die letzten Stadien des Krieges. Die Resolution Humphreys-Dwen wurde schließlich mit 232 gegen 111 Stimmen abgelehnt. — Am Mittwoch lehnte das Unterhaus mit 208 gegen 207 Stimmen die Bill, welche für die Vergarbeiter den Achtstundentag einführen will ab. Die ansehnliche Minorität bietet die Gewähr, daß über kurz oder lang der Achtstundentag für Vergarbeiter gesetzlich eingeführt werden wird.

Frankreich.

Der Kongress der Bergwerksarbeiter, der seit Dienstag in Maas versammelt ist, entschied sich Mittwoch mit 124 gegen 105 Stimmen für die sofortige Erklärung des allgemeinen Ausstandes ohne neue Verhandlungen mit der Regierung. Der Beschluß soll offenbar einen Druck auf den Senat ausüben, wo das Gesetz zur Einführung des Achtstundentages in der Kommissionsberathung auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Die bei den Pariser Kundgebungen am Sonntag verhafteten Personen sind am Dienstag vom Justizpolizeigericht zu 14 Tagen bis zu 4 Monaten verurtheilt worden. Die bei dem am Sonntag verhafteten Anarchisten vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben nur unwichtige Schriftstücke zu Tage gefördert. Fünf russische Anarchisten sind ausgewiesen worden.

Italien.

2000 Eisenbahner in Neapel sind, unbestimmt um den Aufschub des Streikensbruchs bis zum 10. März, Dienstag Morgen in den Ausstand eingetreten. Der Zugverkehr wurde bisher nicht behindert. — Aus Kalabrien kommen jetzt aus mehreren Orten Meldungen von Demonstrationen unzufriedener Einwohner, die den Bau von Eisenbahnen und einer Wasserleitung, sowie Arbeit fordern und dabei die Rathhäuser bedrohen.

Spanien.

Von Sagastas Mitternacht meldet ein Telegramm aus Madrid; aber es soll sich nicht um einen System, sondern nur um einen Personenwechsel handeln. Als Nachfolger des greisen Staatsmannes wird Montero Rios bezeichnet.

Nach dem Generalkrieg. 25 Personen, welche wegen Außerordnungen in Sabadell verhaftet worden waren, sind dem Militärgericht zur Aburtheilung überwiesen worden, ebenso auch der angeblige österreichische Anarchist Armin.

Wunder Eifer schadet nur. Die in Bilbao verhafteten vermeintlichen Anarchisten erwiesen sich als unschuldig; es sind, wie man der „Frk. Btg.“ aus Madrid berichtet, Knecht ohne Paß; sie werden über die Grenze geschafft.

Serbien.

Ueber einen Putschversuch wird durch Wolffs-Barcau aus Belgrad gemeldet: Ein Anhänger und Verwandter des Präsidenten Karageorgewitsch, Namens Alawantitsch, versuchte Mittwoch früh einen Putsch in Schabab, wo er mit einigen gedungenen Personen aus Oesterreich-Metrolitz, seinem bisherigen Wohnort, auf seinem Bahn gelandet war. Unterwegs hatte er serbische Generaluniform angelegt und alsdann die Grenzwachter aufgefordert, ihm zu folgen. Letztere ahnten nichts Schlimmes und begleiteten den vermeintlichen General zuerst in das Gemeindehaus, wo dieser die Feuerwehrlente aufforderte, mit ihm zu gehen. Von da begab sich die Schaar in die Gendarmen-kaserne. Alawantitsch alarmirte dann die Gendarmen und stellte sie in Front. Zwei Gendarmen waren inzwischen durch ein Fenster auf die Straße gelangt und hatten den Gendarmenkommandanten von dem Vorfall benachrichtigt. Dieser kam in die Kaserne und forderete Alawantitsch auf, sich zu rechtfertigen. Letzterer feuerte nunmehr einen Revolvererschuß ab, der jedoch den Kommandanten nur leicht verletzete. Jetzt feuerte der Kommandant seinen Revolver auf Alawantitsch ab, der todt zu Boden sank. Das Gefolge Alawantitschs wurde verhaftet. In Wien spricht man dem Vorfall jede Bedeutung ab. Der Urheber sei als abenteuerlicher Agitator bekannt. Die „Frk. Btg.“ kann über den getödteten Helden des Schababer Putschversuches noch folgende Mittheilungen machen: Rade Alawantitsch hat bereits im Putschversuchsprozess des Jahres 1899 eine Rolle gespielt. Er wurde damals beschuldigt, der Vermittler zwischen Karageorgewitsch und dem von letzterem gedungenen Polizeipräsidenten von Schabab, Angelitsch, gewesen zu sein. Angelitsch starb einen Tag vor Beginn des Prozesses im Gefängnisse eines räthselhaften, bisher noch nicht aufgeklärten Todes. Alawantitsch wurde zu zwanzigjährigem Kerker verurtheilt und nach dem Sturze Milans zugleich mit den anderen Verurtheilten benadigt. Die Verhandlungen ergaben mit voller Deutlichkeit die Unschuld der mitangeklagten Radikalen an dem gegen Milan gerichteten Mordanschlage, sie stellte aber auch außer Zweifel, daß die nicht zur radikalen Partei gehörige Gruppe Angelitsch-Alawantitsch in sehr verdächtigen Beziehungen zu dem Attentäter Knezewitsch sowie zu Peter Karageorgewitsch und seinem in Buzarest wohnenden Vetter gestanden hatte. Dieser Auffassung wurde zur Zeit des Prozesses wiederholt Ausdruck gegeben, wobei darauf hingewiesen wurde, daß der Revolver des Knezewitsch, sofern ein Karageorgewitsch überhaupt an dem Anschlag beteiligt gewesen sein sollte, nur durch die Vermittelung der Karageorgewitschschen Vertrauensmänner Angelitsch und Alawantitsch gelenkt worden sei. Die neuesten Ereignisse lassen annehmen, daß diese Anschauung richtig gewesen ist.

Vereinigte Staaten.

Anarchistengesetz. Der Senat in Washington hat einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Anarchisten angenommen. Das Strafmaß für erfolglose Attentate wurde aber von 10 auf 5 Jahre Kerker heruntergesetzt.

China.

Der Aufruhr greift immer weiter um sich. Sein Herd ist die Provinz Kwangsin. Der Vizekönig von Kanton hat Truppen abgeandt, um die Ruhe wieder herzustellen. Man berichtet, daß die Anführer Soldaten des Generals Sou sind, welche von diesem entlassen worden waren. Die Regierung beauftragte den General, das Kommando über diese Leute wieder zu übernehmen, aber man glaubt nicht, daß es ihm gelingen werde, die Rebellen zu unterwerfen, jedenfalls nicht eher, als bis ihnen der rückständige Sold ausgezahlt worden ist. Auch Angriffe gegen die Fremden kommen wieder vor. Die französische Gesandtschaft in Peking wurde benachrichtigt, daß ein französischer Leutnant an der Grenze von Tonking von chinesischen Rebellen ermordet worden sei.

Lübeck und Wismargebiete.

Donnerstag, den 6. März.

Achtung, Müller! Ueber die St. Jürgen-Dampfmühle, Ragerburger Allee 106, ist seitens der hiesigen Bahnhalle des Zentralverbandes der Müller die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Wie der Lübecker Staat für seine Unterthanen sorgt. In Israelsdorf und Alt-Lauerhof werden seitens des hiesigen Finanz-Departements 5 Forstarbeiter mit Holzfällen beschäftigt; sie beziehen einen Affordlohn von 1 Mk. pro Meter Kluftholz und kommen somit täglich auf einen Lohn von 1.30 Mk. bis 1.50 Mk. Neben diesen fünf „freien“ Arbeitern sind aber auch noch 12 Arbeitshäusler beschäftigt, welche einen Tagelohn von 1.60 Mk. erhalten. Die sogenannten freien Arbeiter, welche sämtlich verheiratet sind, verdienen hier also täglich noch 10 bis 30 Pfg. weniger, als die Arbeitshäusler, und der Arbeitgeber, der einen solchen ungerechten Zustand eingeführt hat und denselben weiter bestehen läßt, ist das Finanz-Departement, also der Staat! Trotzdem bewältigen die freien Arbeiter infolge des Affordsystems eine größere Arbeitslast als die Arbeitshäusler. Erstere (5 Mann) bearbeiten nämlich täglich ca. 5-6 Meter Holz und 1-2 Buschhaufen, während die Arbeitshäusler (12 Mann) in demselben Zeitraum nur 6 bis 7 Meter Holz verarbeiten. Diese kurze Darstellung spricht ganze Bände von der Fürsorge des Staates für seine Unterthanen und Arbeiter. Zunächst bekämpft er die Arbeitslosigkeit dadurch, daß er hier zum größten Teil — Arbeitshäusler beschäftigt; dann beutet er die wenigen dort noch beschäftigten Arbeiter dermaßen aus, daß sie trotz anstrengtester Arbeit als „freie“ Arbeiter noch 60 Pfg. bis 2 Mk. wöchentlich weniger verdienen als die Arbeitshäusler. So kennzeichnet sich der Staat als der schärfste Arbeitgeber!

Eine Ueberraschung wurde den Arbeitern der Koch'schen Schiffswerft am verfloffenen Sonnabend bei der Lohnzahlung zu Theil. Trotzdem nämlich der Freitag in der Werftordnung als Lohntag festgesetzt ist, zahlte die Werft doch erst am Sonnabend aus. Als nun am letzten Sonnabend ein Theil der Arbeiter die Geldboxen öffnerten, fanden sie, daß ihnen 33 Pfg. Invalidentgelt abgezogen worden war. Dieser erhöhte Abzug ist darauf zurückzuführen, daß man bisher denjenigen Arbeitern, welche einer freien Hilfskasse angehörten, nur 12 Pfg. Invalidentgelt wöchentlich abzog, während die der Ortskrankenkasse angehörenden Arbeiter 15 Pfg. blechen mußten. Am Sonnabend, den 27. Februar, wurden nun zum ersten Male auch den Ersteren 15 Pfg. abgezogen. Dieser Abzug war vollumfänglich unberechtigt, aber war der Abzug von 33 Pfg. am letzten Sonnabend, den man sich nur daraus erklären kann, daß neben dem ordnungsmäßigen Invalidentgelt von 15 Pfg. die Differenz vom 1. Januar bis 16. Februar gleich 6 Wochen à 3 Pfg. mit 18 Pfg. einbehalten worden ist. Dieser nachträgliche Abzug von 18 Pfg. ist ungesetzlich, wie der Direktion wohl auch bekannt sein dürfte. Sollte das nicht der Fall sein, dann verweisen wir dieselbe auf den § 142 des Invalidentversicherungsgesetzes, nach welchem Abzüge an Invaliden und Krankengeld sich nur auf die beiden letzten Lohnzahlungsperioden erstrecken dürfen. Die Regelung dieser Angelegenheit hätte ja eigentlich von einem Arbeiterausschuß erfolgen müssen; ein solcher aber besteht bekanntlich auf Lübecks größter Arbeitsstätte nicht. Deshalb bleibt den Arbeitern weiter nichts übrig, als die Flucht in die Öffentlichkeit. Im Namen der Arbeiter der Koch'schen Schiffswerft fordern wir nunmehr die Direktion auf, bei der nächsten Lohnzahlung die unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen einbehaltenen 18 Pfg. auszusahlen!

Um den Schützling der hiesigen nationalliberalen Partei, den tauben Schuhmacher Hartmann, handelte es sich in einem Prozeß, welchen unsere Genossen Reichstagsabgeordneter Förster und Redakteur Stengele gegen die Redakteure Pietsch vom „Harburger Anzeiger“ und Tiemann von der „Harbg. Ztg.“ angestrengt hatten und der am Mittwoch vor dem Harburger Schöffengericht zum Austrag kam. Genosse Förster war an der Theilnahme am Termin durch eine wichtige Sitzung der Budgetkommission verhindert. Als Zeuge war u. A. auch Hartmann geladen; er wurde aber nicht vernommen. Im ersten Falle kam ein Vergleich zu Stande, indem Pietsch erklärte, daß er nicht beabsichtigt habe, die Kläger zu beleidigen, daß er nach Einsicht der herangezogenen Akten überzeugt sei, daß der Vorwurf wissenschaftlicher Eidesverletzung, wie er von ihm gegen unsere beiden Genossen öffentlich erhoben worden war, unbegründet sei und daß er sämtliche Kosten übernehmen werde. Pietsch erklärte, er persönlich habe an Hartmann keinerlei Interesse, dieser sei aber öffentlich aufgetreten und vom „Volkblatt“ angegriffen (?) worden; er habe lediglich referieren wollen. Es folgte der Fall Tiemann. Die Kläger lehnten einen Vergleich ab, weil die Angriffe seitens des Beklagten in einer so gehässigen Weise erfolgt seien, daß von einem guten Glauben nicht die Rede sein könne und weil sie endlich einmal zu konstatieren wünschten, daß alles über sie behauptete absolut unwahr sei. Die wesentlichsten

Stellen der unsere Genossen beleidigenden Artikel lauten: „Hiermit war der Beweis erbracht, . . . daß Stengele und Förster trotz Zeugeneides falsche Aussagen gemacht, also einen Meineid geschworen hatten“ — und — „Ich brauchte der Staatsanwaltschaft nur Anzeige zu machen, dann wären diese Helden der schuftigen Ehrentäuberei ins Buchhaus gewandert.“ — Tiemann erklärte, nach seiner Meinung sei Hartmann völlig zurechnungsfähig, dafür hätte ihn auch eine von 2000 Personen besetzte Versammlung gehalten. Er habe Hartmann Gelegenheit zur Vertheidigung geben wollen und berufe sich auf Hartmanns Material. Hartmann wolle übrigens wegen der Behauptung, er sei geisteskrank, die Kläger belangen. Die Behauptung, daß Kläger das Schiedsgericht getäuscht hätten, halte er für feststehend. Wegen des Meineids berufe er sich auf Hartmann, der auch erklärt hatte, unter dem Sozialistengesetze seien viele Meineide für 20 und 50 Mk. geahndet worden. Der Vorsitzende meinte, Beklagter könne wohl den Brief nicht nicht, den Hartmann an Frau Steinborn, die Frau eines Zeugen, geschrieben habe. Es wurde dann zur Verlesung der Akten geschritten und wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach nahezu 1 1/2 stündiger Verhandlung und Berathung ward das Urtheil dahin verkündet: Der Angeklagte sei schuldig der Beleidigung aus § 185, weil er grob verletzende Worte gebraucht habe und aus § 186, weil er unwahre Thatsachen behauptet habe. Der Vorwurf der Eidesverletzung sei nicht als wahr befunden worden, im Gegentheil gehe aus den Akten ganz zweifellos hervor, daß er völlig unbegründet sei. Von einem Schutze des § 193 keine Rede sein. Es sei lediglich dem Beklagten mildernd angerechnet worden, daß er sich als Beauftragter des Hartmann gefühlt, daß er dessen Behauptungen geglaubt und sich verpflichtet gefühlt habe, ihn gegen Angriffe zu vertheidigen. Nur deshalb sei von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen, und auf 200 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis, Publikation des Urtheilserkenntnisses in der „Harbg. Ztg.“ und Tragung der Kosten erkannt worden. — Durch diesen Prozeß ist wieder bewiesen, mit welcher schmutzigen Mittelreue man gegen uns kämpft. Daß der Hartmann — der Redner des hiesigen Reichsbereins und Schützling der nationalliberalen Partei — hierbei der moralisch Verurtheilte ist, liegt auf der Hand. Wird das Amtsblatt auch über diesen Prozeß berichten?

Ein skandalöser Vorfall hat sich im hiesigen Untersuchungsgefängniß ereignet. Wie auch von uns berichtet, wurden kürzlich 2 Einbrecherinnen verhaftet; schon damals ging durch mehrere Zeitungen die Notiz, daß sich die eine derselben in anderen Umständen befände. Trotzdem dieser Zustand der Gefangenen dem Gefängnißarzt doch bekannt sein mußte, traf er keine Vorkehrungen zur rechtzeitigen Ueberführung der Gefangenen in das Krankenhaus. Dasselbe wurde vielmehr, trotzdem sie seit 9 Uhr Abends von ihrer Zelle aus geklingelt haben soll, in der Nacht zum Dienstag gegen 2 Uhr, als sie kurz vor der Entbindung stand, mittelst Krankentransportwagens ins Krankenhaus befördert. Während der Fahrt aber gab sie einem Kinde das Leben, ohne daß ihr in ihrer schmerzhaften Stunde von irgend einer Seite — es war nur ein völlig rathloser Beamter im Wagen — Hilfe zu Theil werden konnte. Wenn es auch „nur“ eine Gefangene war, so denken wir doch, daß man hier etwas mehr Menschlichkeit hätte walten lassen sollen. Wir erwarten, daß dieser skandalöse Vorfall in der Bürgerschaft zur Sprache gebracht und die betreffende Behörde dort zur Rechenschaft gezogen wird.

Eine öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte, tagte am 5. März im Vereinssaale. In derselben referirte der Hauptkassirer des Verbandes, Kollege Käßler aus Berlin, über das Thema: „Arbeitslohn und Unternehmerrgewinn, unter besonderer Berücksichtigung unseres Berufes“. In ca. 1 1/2 stündiger Rede erläuterte der Referent dieses Thema, und forderte am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages auf, der Organisation beizutreten, und für die weitere Ausbreitung derselben nach besten Kräften Sorge zu tragen. An der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Stellung und ein anderer Kollege. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Die „Vorbereiten“ des Amtsblattes auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lassen die alte zahllose Lante an der Obertrave nicht länger mehr ruhen. Auch sie möchte so gerne „beweisen“, daß es mit der Arbeitslosigkeit nicht so schlimm bestellt ist. Deshalb hat sie eifrigst den kürzlich erschienenen Jahresbericht des Gewerkschaftskartells durchgeschuppert und hier nun gefunden, daß sich aus dem Festhalten der am 15. November v. J. aufgenommenen Arbeitslosenstatistik Kapital gegen unsere Behauptungen von dem Umfang unserer Arbeitslosigkeit schlagen läßt. Im Hinblick auf die Arbeitslosenversammlung meint Freund Heise in seiner kindlichen Unschuld zunächst, daß dieselbe auch von Personen aus Fadenburg, Stöckelsdorf, Kenjeseld und anderen oldenburgischen Dörfern (!) besucht gewesen sei. Hieraus und dem Festhalten der Statistik schlußfolgert er dann, daß wir uns bei unseren Behauptungen über die Arbeitslosigkeit auf thatsächliches Zahlenmaterial nicht stützen können. Hier aber könnten nur Zahlen den Umfang der Arbeitslosigkeit beweisen. — Sehr richtig! Deshalb haben wir schon vor Monaten die Forderung auf Vornahme einer Arbeitslosenzählung seitens des Staates, wie solche bereits vom Stuttgarter Gemeinderathe am 19. Februar vorgenommen worden ist, erhoben. Wäre der Staat seiner Pflicht, diese Zählung einzuleiten, nachgekommen, dann hätte Senator Dr. Klug sein gesägtes Wort sicherlich für sich behalten, dann hätten auch die Geistesprodukte des Amtsblattes und der „Eisenbahn-Zeitung“ nicht das Licht der Welt erblickt. So lange man dieser Forderung aber nicht nachkommt, ist man auch auf jener Seite nicht in der Lage, das Nichtbestehen eines besonderen Nothstandes beweisen zu können. Deshalb sollten sowohl Amtsblatt als auch „Eisenbahn-Zeitung“ unsere Forderung zu der ihrigen machen, damit sie in der Lage wären, unsere durch die Thatsachen bewiesene Behauptung, daß sich in Lübeck mindestens 1500 Arbeitslose befinden,

gleichfalls durch Thatsachen widerlegen zu können. Mit dem Ableugnen der Arbeitslosigkeit schafft man Letztere nicht aus der Welt, das sollten selbst Journalisten von geringer geistiger Begabung einsehen!

Das Verfahren der hiesigen Staatsanwaltschaft in denjenigen Fällen, wo seitens des Angeklagten Berufung eingelegt worden ist, gleichfalls die Berufungsinstanz anzurufen, ist, wie wir bereits vor längerer Zeit nachgewiesen haben, ungesetzlich. Die Staatsanwaltschaft führte f. Bt. in einem Termin an, daß es ihr freistehen müsse, auch in den Fällen, wo bei der Urtheilsfällung ihrem Antrage entsprochen worden sei, Berufung einzulegen, damit die Entscheidung hinsichtlich des Strafmaßes offen gehalten werde. Es sollte also der Berufungsinstanz Gelegenheit geboten werden, trotz der Berufung des Verurtheilten, noch auf ein höheres Strafmaß zu erkennen. Das Oberlandesgericht in Hamburg hat nun kürzlich in einem ähnlichen Falle durch seinen Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren der hiesigen Staatsanwaltschaft im Widerspruch mit der Strafprozeßordnung stehe. Nachdem also das höchste Gericht das ungesetzliche Vorgehen der hiesigen Staatsanwaltschaft — der Ueberwachen der Gesetze — festgestellt hat, steht wohl zu erwarten, daß diese nunmehr mit diesem Verfahren brechen wird.

Ein schwerer Unfall, hervorgerufen durch die Fahrlässigkeit eines Radfahrers, trug sich Mittwoch Nachmittag kurz nach drei Uhr in der Schwartzauer Allee zwischen Thiel und den Dubbeschen Häusern zu. Dort stand der 9jährige Sohn des früheren Bahnbeamten Schmill, um nach Kinderart ein menschliches Bedürfnis zu befriedigen, als ein Radfahrer dahergelacht kam und den Jungen umfuhr. Ohne sich um den Ueberfahrenen, der blutüberströmt am Boden lag, weiter zu kümmern, setzte sich der Radler auf sein schäleres Kopf; auf die Fragen des älteren Bruders des Verletzten nach Namen und Art verweigerte er einfach die Antwort. Da das Fahrrad keine Nummer trug (anscheinend handelt es sich um einen Mann aus Schwartau), so ist der rücksichtslose Mensch leider unerkannt entkommen, falls es nicht noch gelingt, seine Identität durch Zufall festzustellen. Der verletzte Knabe, der besonders an der Nasenwurzel klaffende Wunden davongetragen hat, wurde sofort zu Herrn Dr. Schnoor geführt, der ihm einen Nothverband anlegte. Nach der ärztlichen Feststellung ist die Verletzung sehr heftig und dürfte ihre Heilung geraume Zeit in Anspruch nehmen. Bei dieser Gelegenheit wird uns noch mitgetheilt, daß vielfach Schwartzauer Radfahrer, die jenen Weg benutzen, sich durch besonders rücksichtsloses Fahren auszeichnen; anscheinend pochen sie darauf, daß sie leichter entweichen können, weil ihre Räder nummernlos sind.

Strafkammer I. Wegen mangelnder Beweise freigesprochen wurde am Montag die Ehefrau K. aus Rensfeld, welche des Betruges angeklagt war. Bereits am 8. August v. J. stand diese Sache zur Verhandlung an; dieselbe entging mit der Beweisaufnahme der Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis. Hiergegen legte die Angeklagte Revision ein, welche auch infolge eines Prozeßfehlers für begründet erachtet wurde. Das Reichsgericht verurtheilte die Sache an die Vorinstanz zurück. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im März 1900 kaufte sich der Tischler S. in Schalendorf ein angeblich 26 Tonnen großes Gewebe zum Preise von 12 000 Mk. von der Anstaltlerin, während diese ein Haus des S. in Rensfeld mit in Zahlung nahm. Von den 26 Tonnen waren aber eigentlich 3 Tonnen zum Preise von 3000 Mk. verkauft worden, wofür Betrag dem S. auch ausgekehrt werden sollte. Vor der Abgabe des Gewebes soll nun die Angeklagte dem S. bezüglich der Größe, des Dingers, des Gewichtsverhältnisses und des Werthes des Gewebes falsche Angaben gemacht haben. Bei der Aufstellung des Grundbuchs an den Käufer stellte sich u. A. heraus, daß das Grundstück nur 23 Tonnen nur 17 enthielt. Die Aufstellung war aber bereits vorgenommen worden. Trotzdem mehrere Zeugen — es waren 16 geladen — die Angeklagte schwer belasteten, sprach das Gericht die Angeklagte dennoch wegen mangelnder Beweise frei, da die Schuld derselben nicht ganz klar zu Tage trat. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt.

Vom Hafen. Der Verkehr hat im verfloffenen Monat gegen Januar einen wohl auf die Eisverhältnisse zurückzuführenden Rückgang genommen. Während im ersten Monate dieses Jahres 90 Dampfer und 9 Segelschiffe ankamen, gelangten im Februar nur 65 Dampfer nach hier. Den Kanak postierten im letzteren Monat 13 Fahrzeuge, während sich der Flußschiffsverkehr auf der Untertrave auf 22 angekommen und 21 abgegangene Fahrzeuge belief. Nunmehr ist auch die Küsten-Segelschiffahrt mit den Schleswig-Holsteinischen Küsten wieder aufgenommen worden. Auch der Dampfer „Wadiva“ hat seinen Winterlagerplatz verlassen und sich nach dem Schuppen Nr. 12 begeben, um mit dem Baden nach Dänemark zu beginnen. Die Flußschiffahrt findet noch viele Hindernisse in dem Stromabwärts in den Buchten lagerndem Eis. — Bezüglich des Elbe-Grabe-Kanals wird Alles darangelegt, um denselben wieder für die Schifffahrt freizugeben zu können. Mittwochen sind Eisbrecher mit Kanalarbeitern nach Witzee abgegangen; man sagt nunmehr können in das Eis, worauf dann die Eisbrecher vorstoßen. Hoffentlich gelingt es recht bald, die Fahrtrinne frei zu bekommen.

Aus Furcht vor Strafe war in Hamburg der Sohn eines Beamten entlaufen und hatte sich bis nach hier durchgeschlagen. Sein Plan, mit einem Dampfer nach Fehmarn zu fahren, scheiterte jedoch, denn er wurde hier aufgegriffen und seinen besorgten Eltern wieder zugeführt.

Zu Besuchten Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landtage angenommen: C. H. H. Vels, Arbeiter. J. H. E. Pentzler, Erbpächter zu Krempehörd. C. H. Veth, Ingenieur. C. F. J. Dauter, Arbeiter zu Borwerk. H. W. E. Grote, Eisenhauer zu Borwerk. W. E. A. Heide, Fuhrknecht. J. H. W. Hagen, Porzellan. C. A. E. Rumpfer, Organist. J. H. W. D. Krab, Bäckermeister. H. G. E. Rellendberg, Kaufmann. C. H. E. Helm, Kaufmann. C. H. Kelsch, Tapezierhülfe. H. W. J. H. H. Selmon, Altküchenbrenner. C. F. H. Schöck, Anstalt. C. F. H. Schatz, Arbeiter zu Borwerk. C. E. H. Seidel, Tischlergehülfe. J. J. Stöber, Meubant. J. H. J. Lapp, Arbeiter. C. E. H. Uerhardt, H. Uerbas und Schankwirt. Dasselben haben am 26. Februar 1902 vor dem Senate den Bürgergeld geleistet.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben im verfloffenen Monat Februar 34 Personen. Aus dem hiesigen Staatsverband entlassen worden ist eine zur Zeit in Schweden wohnhafte Person.

Schöffengericht. Eine theuere Fahrt. Infolge eines Versehens war dem Maschinenbauer B. am 5. Januar seine für die Strecke Oldesloe-Lübeck gültige Fahrkarte 4. Klasse nicht abgenommen worden. Er bemühte nunmehr diese Fahrkarte am 8. Januar, wurde aber in Rensfeld abgefaßt. Trotzdem der Angeklagte seine Schuld

entschieden in Abrede stellte, wurde durch zwei Bahnbeamte, die den Angeklagten seit Jahren kennen, konstatiert, daß Seg-terer am 5. Januar in Oddeboe eine Karte 4. Klasse gelöst hatte. Am 8. Januar wurden zu dem Zuge, mit dem der Angeklagte fuhr, gar keine Karten 4. Klasse ausgegeben. Erfannt wurde auf eine Woche Gefängnis und 10 Mk. Geld- strafe ebent. 2 Tage Haft. — Als K a h r u n g s m i t t e l v e r f ä l s c h e r hatten sich die Kaufleute Gebrüder Johann und Jürgen M. zu verantworten. Sie hatten in ihren Ge- schäften an s t a t t S c h m a l z, welches sie zu 50 und 60 Pf. pro Pfd. annoncierten, Kunstfett verkauft, ohne hierauf durch den Umschlag z. aufmerksam zu machen. Durch Zu- fall kam die Sache ans Licht. Johann M. wurde zu 60 Mark und Jürgen M. zu 145 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt wurde ein Arbeiter von hier, der ein zu einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfschiffe gehöriges sogenanntes Verholtau im Werte von 3,75 Mark in kleine Stücke zerschnitt, letztere in einen Sack steckte, und sich dann mit den Leuten entfernte, um sie zu verkaufen. — Die Ehefrau eines Schuhmachers brachte zur Anzeige, daß ihr eine silberne Damenremontoir- uhr mit der Nr. 32945 und eine lange goldene Halskette, sowie eine kleine silberne Brosche in Blattform mit einem kleinen goldenen Knopf gestohlen seien. — Ermittelt wurde, daß ein vielfach vorbestrafter Arbeiter schon etwa 2 Jahre lang unter Benutzung der Papiere eines Anderen unter fal- schem Namen reist. Als vor einigen Tagen noch ein Ar- beiter, der dieselben Personalien angab, wegen Bettelns in Haft gerieth, stellte es sich heraus, daß der Erstere falsche Angaben gemacht, und auch bereits mehrmals auf den von ihm angegebenen Namen bestraft war. Er wurde fest- genommen.

pb. Festgenommen wurden am gestrigen Tage wegen Bettelns acht Personen und wegen Trunkenheit vier Per- sonen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein schweres Bahnungsglück ist am Sonntag Nachmittag in Hagenow durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers des Expreß- zuges Hamburg-Berlin verhütet worden. Kaum hatte der Zug den Bahnhof Sand passiert, als der Zugführer bemerkte, daß das Ausfahrtsignal nicht gegeben und außerdem die Weiche falsch gestellt worden war. Unmittelbar vor dem Lokomotivschuppen, in welchen der Zug sonst hineingefahrt wäre, gelang es, den Zug zum Stehen zu bringen. Unter- suchung ist eingeleitet worden. — Das Schwurgericht in Flensburg verurteilte den früheren Postassistenten Busch wegen Amtsunterschlagung und Weisheitschaffung von Urkunden zu 9 Monaten Gefängnis. — Auf der Bahnstrecke S t ü b e d - S ü d e r h o f t r u p (Nordholländisch) waren drei große Steine auf die Schienen gelegt, die glücklicher Weise vom Lokomotivführer so rechtzeitig bemerkt wurden, daß es gelang, den Zug ebea vor dem Hinderniß zum Stehen zu bringen. In der Nähe der Schienen fand man Fußspuren eines erwachsenen Menschen. — Der Mordmörder Nebahr in H a m b u r g verjuchte, sich in seiner Zelle zu erdrosseln. Er wurde aber an seinem Vorhaben gehindert. — Nach den vom Bureau Veritas in H a m b u r g veröffentlichten statisti- schen Listen sind im Monat Januar d. J., soweit es sich bisher

hat ermitteln lassen, 79 Schiffe vollständig verloren gegangen und zwar 54 Segelschiffe mit 22 395 Registertons und 25 Dampfschiffe mit 36 777 Registertons, darunter 4 deutsche (1 Dampfer mit 2151 Registertons und 3 Segler mit 257 Registertons). Außerdem weist die Statistik noch 416 Schiffe auf, die durch Havarien usw. Beschädigungen erlitten haben. Darunter befinden sich noch 32 deutsche. — Die H a m - b u r g - A m e r i k a - L i n i e hat im Vorjahre einen Betriebsgewinn von ca. 20 Millionen Mark gehabt. Ein netter „Ent- behrungslohn.“ — Im M t o n a e r Stadtpark haben am Montag Abend der 24 jährige Kommis Johannes Büthgens und die 18 jährige Hedwig Kemane, beide aus Hamburg, gemeinsam den Tod gesucht und gefunden. Die ganze Situa- tion ließ sofort erkennen, daß es sich um ein Liebesdrama handelte. Zuerst hat der junge Mann mittels eines Ne- volvers einen Schuß auf seine Geliebte abgegeben und dann auf sich selbst. — Vom Kriegsgericht der 19. Division in S t a d e wurde der Fußgänger Krause aus Drochtersen wegen Trunkenheit im Dienst und Annahme von Geschenken mit 4 Tagen gefängnis bestraft. Von der Anklage des Meineides und des Mißbrauchs der Dienstgewalt wurde der Angeklagte freigesprochen. — Die wirtschaftliche De- pression übt auch einen gewaltigen Einfluß auf die Aus- wanderung aus. Die von Bremerhaven nach der „neuen Welt“ abgehenden Passagier - Dampfer sind seit län- gerem ungewöhnlich stark besetzt. Der am 2. März nach Newyork expedirte Lloyd-Dampfer „Rhein“ hat nicht weniger als 2400 Auswanderer an Bord, welche vornehmlich aus Rußland und Oesterreich stammen.

Gästrow. Ländliche Briganten. Der Brand- stiftung und des Raubes angeklagt waren der Zimmermann Otto Winkel, Schuhmacher Karl Winkel und Zimmer- mann Pape, sämtlich aus Mirrow. Alle drei haben zu- nächst in der Nacht zum 24. November 1901 das Haus des Otto Winkel vorläufig in Brand gesteckt. Nach einem miß- glückten Versuch glückte ihnen derselbe und das Haus wurde ein Raub der Flammen. Ferner haben die Gebrüder Winkel am 28. Februar 1900 zu Mirrow die Ehefrau Hartmann während der Nacht in ihrer Wohnung überfallen und beraubt; außer 1600 Mark barem Geld sind ihnen noch verschiedene Schuldscheine, Wechsel zc. in die Hände gefallen. Schließlich haben Karl Winkel und Pape im April und Dezember 1900 zwei Scheunen in Mirrow in Brand gesetzt und zwar, wie sie selbst angeben, ohne jede Veranlassung. Nachdem die Geschworenen sämtliche 21 Schuldsragen bejaht hatten, erkannte das Gericht gegen Karl Winkel auf 12 Jahre Zuchthaus, Otto Winkel 9 Jahre Zuchthaus und Pape 5 1/2 Jahre Zucht- haus; außerdem gegen die Gebrüder Winkel je 10 Jahre, und gegen Pape 7 Jahre Ehrverlust.

Lübeker Stadttheater.

„Das süße Mädel“, Operette in 3 Akten von H. Rein- hardt. Das süße Mädel heißt Lola Winter, ehemals Chan- sonettenkammer. Wie sie sich ihren Liebsten, den Kaiser Graf Hans Prebenburg trotz des Widerstandes eines adelshohen Onkels zu erobern weiß: das bildet im Brechtischen des Inhalt des Librettos. Um den gräßlichen Dattel, der sich kästlich nicht her- d-

lich in Lola verliebt, gehörig über das Ohr zu hauen, wirkt noch ein anderes Paar mit, nämlich Florian Dieblich, ein Studienfreund von Hans, und dessen Liebste, die jugendliche Masseuse Frigi Wehringer. Da aber aller guten Dinge drei sind, so haben die Librettoschreiber noch ein drittes Liebespaar in die Handlung ver- flochten: die Komtisse Bizzi, des Grafen Nichte, und den böhmischen Trottel Prosper Biewah, den Sekretär des Grafen und, wie sich später herausstellt, sein natürlicher Sohn. Um diese drei Liebes- paare herum gruppieren sich alle Nebenbuhler. Die Geschichte spielt im ersten Akte in Wien und fernherin auf dem Gute des Grafen in Oberösterreich. Die Handlung ist reich an übernatürlichen, ja tollen Szenen, die manchmal fast zu pikant und zu geüffert sind. Die Musik, welche Reinhardt zu dem Text geschrieben hat, hält sich von rohen Effekten völlig fern und weist eine sehr gefällige Instrumentation auf. Besonders zündend sind das Lied vom süßen Mädel, das mehrfach im Laufe der Handlung wiederkehrt, das Walzerlied: „Quaisch: Dame, Glück ist dein Name“ sowie auch ein Terzett zwischen Lola, Hans und Florian. Auch die kurze Duettzeit ist musikalisch sehr gut ausgefallen. Ueberhaupt ist die Musik der neuen Operette im Großen und Ganzen vorzüglich; einige Anklänge an andere Meister der Operette muß man aller- dings mit in Kauf nehmen. Die Schloße war den bewährten Händen von Alice M o w a anvertraut, die auch zugleich ihr Benefiz hatte. Sie bot eine feine, entzückende Lola, wie sie auch das „Lied vom süßen Mädel“ mit großer Verwe vortrug. Die all- gemeine Beliebtheit der temperamentvollen Künstlerin und Bene- ziantin sprach sich am besten darin aus, daß sich die Bühne in einen förmlichen Blumenparade verwandelte. Lola's gräßlichen Liebhaber gab Albert S o n t o n e f f fröhlich und flott. Den alten Kronkel stellte Julius Seidler mit zwerchschüttelndem Komik dar. Köstlich war Bruno Schlegel als Florian. Die energische Frigi hätte keine bessere Interpretin als Elisabeth S c h m i d t finden können. Das Manto an Stimme wurde durch die humorvolle Darstellung hundertfach angelehnt. Karl S a r - t o r y in der Rolle des „böhmischen Trottel“ Biewah veranlaßte jedes Mal wahre Lachsalven, sobald er nur die Bühne betrat und den Mund öffnete. Die kleineren Rollen der Bizzi und des Dieners waren mit Hanna Lorenz und Jos. K a u s c h a l an- gemessen besetzt. Das Zusammenstellen ließ ebenso wie die splendide dekorative Ausstattung nichts zu wünschen übrig. Herr Kapell- meister Wehs und das Orchester wetteiferten, gleich den Dar- stellern auf der Bühne, nur Ruhmliches zu leisten. Das übervolle Haus besand sich in der denkbar besten Gedulde und sorgte nicht mit Beifall.

Briefkasten.

F. Petersen. Das Herz des Menschen sitzt im vorherigen Theil der Brusthöhle, mehr nach der linken Seite zu. Da es theils auf dem Zwerchfell ruht, theils an den großen Gefäßstämmen hängt, die in dasselbe ein- oder von ihm austreten, so ändert es seine Lage ein wenig je nach der Neigung des Körpers und den Bewegungen des Zwerchfells.

Lübeker Marktpreise vom 5. März.

Sauer-Butter 1,10 Mk., Meier-Butter 1,20 Mk., Käse Std. —, —, Käse Std. 3,50 Mk., Häcker Std. 1,80 Mk., Käse Std. —, —, Käse Std. 0,80 Mk., Gänse Pfd. —, —, Fuchshaus 3,30 Mk., Schweinekopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pf., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 10 Std. 60 Pf., Kartoffeln 10 Uter 50 Pf., Karpfen Pfd. 1, —, —, Karauschen Pfd. 80 Pf., Hechte Pfd. 60 Pf., Barische Pfd. 60 Pf., Kal Pfd. 0,80 Mk.

Heute Nacht 1 Uhr nach kurzem schweren Leiden unsere innigstgeliebte Tochter **Maria** im zarten Alter von 4 Jahren. Tief betrauert und inmerlich vermisst von ihren Eltern und Schwester. **J. Höller u. Frau, geb. Majewski.** Sage meinen Mitarbeitern der höchsten Dank meinen besten Dank für die Unterstützung. **Joachim Wall.** Zu sofort oder zum 1. April ein heizbares Zimmer mit Zubehör zu vermieten. Steinrodenweg 25. Eine kleine freundliche Wohnung zu vermieten. Preis 135 Mk. Oberstraße 29/1. Zu vermieten oder billig zu verkaufen zwei Damen- und ein Herren-Rasch-Anzüge. Paulwartstraße 37. Zwei Damen-Massen-Anzüge billig zu vermieten oder zu verkaufen. Wobbestraße 32, port. Ein Haus mit Krämerci zu kaufen oder zu mieten gesucht. Off. u. B 54 an die Exped. d. Bl. Gesucht ein größerer Saalraum außer der Schulstr. Mehlbienenstraße 51. Gesucht zum 1. Mai ein Heizer sucht, der Öfen die Schmie verlassen hat, für häus- liche Arbeiten. Ede Weberstraße 41 a. Eine signuladige Kommode billig zu verkaufen. Hötterstraße 9. Ein Haus mit Stallung und Einfahrt in der Schwabauer Allee soll unter günstigen Be- dingungen verkauft werden. Näheres Ziegelstr. 1f

Grosse Auction! am Freitag den 7. März 1902 Nachmittags 2 1/2 Uhr **14 Hundestraße 14** über: 2 Garagen mit je 4 Köpferplätzen, 1 Garage mit großem Rücksitz mit zwei Stühlen, 2 Holzgerat-Eckstühle, 2 neue Sophas, 1 Kommode, 1 Schloßschrank, Stühle, 20 Mk. ganz Egarage in verschiedenen Arten, ein großer Posten Porzellan, Porzellan, Damen- und Herrenkleider, Garderoben, email- lirtes Kochgeschirr, Kaffee- und Theekocher, Apfelsäure, Süssholzwurzel, Pfefferkörner und viel nicht Gez. mehr. **Joachim Ch. B. Schmechel, Auktionator und Taxator**

Gratulations-Karten zur Confirmation

in großer Auswahl und feinsten Ausführung empfiehlt die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Dieselben können auch durch unsere Colporteurs bezogen werden.

Parteigenossen!

Leset die Wochenchrift **In freien Stunden.** Der 6. Jahrgang hat begonnen und bringt die spannenden Romane „Im Hause der Dämonen“ und „Der Bastard“. Jede Woche erscheint ein Heft à 10 Pf. Bestellungen nehmen unsere Colporteurs entgegen sowie die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** **Johannisstraße 50.**

Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch

von Max Schippel, Mitglied des Reichstags. Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik. — Für Jedermann unentbehrlich. — Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pf. und ist zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** **Johannisstraße 50.**

Sebe billig ab wegen Einkaufslage der Heft mehrere Kas- sarienhäuser und Weibchen (Garzer Nach- zucht), sowie verschiedene Bedarfwaren, auch Strohkühe, Finken, Hänflinge, Domp- finken und diverse mehr. **W. Siem, Angerkstraße 6, Lübeck** Ein gut erhaltenes Bett billig zu verkaufen. Mehlbienenstraße 24.

O! wie schön! schmeckt dieser **Eilster Fett-Käse** recht gewiss jeder aus, der sich ein Broden von 8—10 Pfund schwer, Pfund 35 Pf., holen läßt, im Auschnitt Pfund 40 Pf. **Joh. Nagel, Engelsgrube 51.**

Frische hiesige Landeier, 10 St. 60 Pf. (Eiweiß-Eier).

C. Harz

Breitestraße 60a.

Circus Variété

Heute und folgende Tage **12 Elite-Specialitäten.** **Ho-Kou** **Jaques Bronn** sind das **Tagesgespräch!** Alle Künstler neu für Lübeck. Bonus gültig.

Stadt-Theater.

Freitag den 7. März. Anfang 7 1/2 Uhr. 130. Abon.-Vorst. 158. Vorst. 22. Freitag-Ab. Zum 2. Male: **Das süße Mädel.** Bonus haben Gültigkeit. Sonnabend den 8. März. Anfang 7 1/2 Uhr. 131. Abon.-Vorst. 159. Vorst. 21. Donnerstags-Ab. Bonus haben Gültigkeit. Sonntag den 9. März. Nachm. 4 Uhr. 20. Nachmittags-Fremden-Vorstellung bei ganz kleinen Preisen: Auf vielseitigen Wunsch: **Alt-Heidelberg.** Abends 7 1/2 Uhr **Das süße Mädel.** Montag den 10. März. **Figaro's Hochzeit** Dienstag den 11. März. Ehrenabend für Herrn Julius Seidler. Große humoristische Vorstellung: Launhäuser oder die Keilerei auf der Wartburg.

Der Achtstundentag und die Konkurrenz.

Wp. Der Haupteinwand, der gegen die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags gemacht wird, ist die ausländische Konkurrenz. Dieser Einwand wurde auch bei der Beratung unseres Gesetzesentwurfs von 1891 von allen Seiten gegen uns ins Feld geführt. Man geht bürgerlichseits sogar so weit, zu erklären, daß man für einen Normalarbeitstag stimmen würde, wenn dieser eine internationale Geltung hätte.

Die Sozialdemokratie tritt selbstverständlich gern für eine internationale Regelung der Arbeitszeit ein. Sie hat sogar die Initiative dieser Bewegung ergriffen. Aber deshalb geben wir uns doch keinen Illusionen hin und wissen sehr gut, daß von den kapitalistischen Regierungen ein internationales Abkommen über einen Normalarbeitstag nicht zu erwarten ist. Bringen diese es doch nicht einmal fertig, den Unfug der Zuckerprämien, dessen handelspolitische Verfehltheit und wirtschaftliche Schädlichkeit längst allgemein erkannt und öffentlich von Allen proklamiert wurde, durch eine internationale Verständigung aus der Welt zu schaffen. Nein, eine internationale Verständigung über den Achtstundentag wird erst dann stattfinden, wenn der Achtstundentag auf nationalem Wege in den wichtigsten Industriestaaten eingeführt sein wird. Auf diesen haben wir also den Kampf zu konzentrieren. Wir in Deutschland fordern vor Allem den Achtstundentag für Deutschland. Und nun prüfen wir das Argument der ausländischen Konkurrenz.

Es ist nicht abzusehen, worum man beim Achtstundentag stehen bleiben und nicht dasselbe Argument auch auf das Verbot der Kinderarbeit, die Beschränkung der Frauenarbeit, das Verbot der Sonntagsarbeit u. s. w. anwenden soll? Würden wir auf solche Einwände seitens des Unternehmertums hören, so kämen wir nie auch nur zum gelindesten Arbeiterschutz, denn in ihren Augen ist jedes Gesetz, das die Ausbeutung einschränkt, eine nationale Gefahr, eine Benachteiligung der einheimischen Industrie gegenüber dem Ausland. Man hat sich mit der Regulierung der Fabrikarbeit versöhnt — aber die Klagen über die Arbeiterversicherung dauern noch immer fort. Besonders ist die „Belastung der Landwirtschaft durch die Versicherungsgehalte“ eine bestehende Beschwerde der Agrarier. Weil der Gutsherr angehalten wird, etliche Pfennige beizusteuern, damit sein Arbeiter im Krankheitsfall nicht wie ein Hund verrecke, fordert er vom Arbeiter im Brodjoll mehrere Mark zurück! Und auch die Regierung steht auf diesem Standpunkt. Erst neulich erklärte wieder Graf Pobjadowsky im Reichstag, die deutsche Industrie wie die deutsche Landwirtschaft seien mehr durch Arbeiterschutzgehalte belastet, als das Ausland, und bedürfen deshalb diesem gegenüber eines besonderen Schutzes, also der Zölle. Die Wahrheit ist freilich vielmehr, daß, wenn man zu dem deutschen Arbeiterlohn auch die Unternehmerbeiträge zur Versicherung hinzurechnet, dieser noch immer sehr erheblich hinter dem englischen oder gar dem amerikanischen Arbeiterlohn zurückbleibt, so daß vom Standpunkte des Grafen Pobjadowsky eigentlich diese Länder im Nachteil wären und nicht Deutschland.

Wollten wir also bei der Durchführung des Achtstundentags vor der ausländischen Konkurrenz zurückweichen, so müßten wir konsequenterweise die gesamte Arbeiterschutzgesetzgebung nach rückwärts revidieren. Würden wir uns auf diesen Standpunkt stellen, so könnten wir in den gewerkschaftlichen Kämpfen keinen Schritt vorwärts thun. Wie soll denn — läßt man diese Rückfragen gelten — an einem einzelnen Ort der Arbeitslohn erhöht oder die Arbeitszeit gekürzt werden, wenn in dem gleichen Beruf an anderen Orten sogar desselben Landes geringerer Lohn bei höherer Arbeitszeit gezahlt werde? Aber gerade die Erfahrungen der Ge-

werkschaften und die Erfahrungen des Arbeiterschutzes beweisen, daß die Konkurrenzrücksichten des Unternehmertums Ausbeuterrücksichten sind, daß, wenn erst den Unternehmern eine Regel gesetzt wird, welche sie nicht überschreiten dürfen, sie sich leichter, als selbst von Anpartheilichen verurteilt wurde, den neuen Verhältnissen anzupassen wissen.

Lassen sich bedeutende Kürzungen der Arbeitszeit ohne Störung der Industrie auf gewerkschaftlichem Wege erzielen, dann durch Gesetz für das ganze Land erst recht. Im Inland werden alle unter die gleiche Norm gestellt, es verbleibt also nur noch ein allgemeiner Unterschied gegenüber dem Ausland. Für eine Anzahl wichtiger Gewerbearten kommt aber die ausländische Konkurrenz überhaupt nicht in Betracht. So für die Bauindustrie mit ihren zahlreichen Verzweigungen, für das Verkehrswesen, für die Bäckerei, Fleischeret, in sehr bedeutendem Maße für den Buchdruck u. s. w. Von 5,7 Millionen Arbeitern, die 1895 allein in der Industrie gezählt wurden, befanden sich nach unserer Berechnung über 1 1/2 nach ihrer Berufstätigkeit außerhalb des Wettbewerbs mit dem Ausland. Dabei sind die Eisenbahner und überhaupt die Verkehrsangestellten nicht mitgerechnet.

Es ist eine von der Wissenschaft wie von der Praxis anerkannte Tatsache, daß eine Kürzung der Arbeitszeit eine Intensivierung der Arbeit ermöglicht. Doch wollen wir uns keineswegs auf den Standpunkt stellen, daß eine Kürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unbedingt in jedem einzelnen Falle durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung ausgeglichen worden wäre. Die Arbeitsleistung hängt noch von anderen Momenten, außer der Arbeitszeit, ab. In einem engen, dumpfen, dunklen Arbeitsraum wird der Arbeiter eher müde, als wenn er genügend Luft und Licht hat. Auf die Ernährung kommt es an. Nicht überall gestattet der Betrieb eine willkürliche Beschleunigung des Produktionsprozesses. Auch kommt es darauf an, wie die resp. Unternehmung mit Maschinen ausgerüstet ist u. s. w. So wird denn die Wirkung eine verschiedene sein, wobei nicht zum Geringsten auch die persönliche Tüchtigkeit des Unternehmers, seine Fähigkeit, die Betriebsorganisation den neuen Verhältnissen anzupassen, eine Rolle spielen wird.

Der Meinung sind wir nicht, daß man den Belz waschen kann, ohne ihn naß zu machen. Vorübergehende Störungen wird es hier und da bei der Durchführung des Achtstundentags geben, wie es auch solche bei der Durchführung des Verbots der Sonntagsarbeit u. s. gab. Aber die Industrie ist auch gar kein Nühr-mich-nicht-an, das bei jeder Aenderung sofort zusammenzuknirschen droht. Im Gegenteil, ihre gewaltigen Produktionspotenzen geben ihr ein ebenso großes Anpassungsvermögen. Und im Vergleich zu den tollen Experimenten, welche jeder Staat mit seiner nationalen Industrie bereits durchgeführt hat und täglich durchführt, sind die Störungen, welche eine starke Kürzung der Arbeitszeit zeitweilig in einzelnen Unternehmungen hervorrufen könnte, geradezu gar nichts, eine kaum nennenswerte Lappalie.

Wie wirken auf die Konkurrenz allein die Lebensmittelzölle? Der Arbeiter in Berlin bezahlt das Brod um 30 Proz., das Fleisch um 25 Proz. theurer als der Arbeiter in London. In Folge dessen, geschweige schon von geringerem Geldlohn, verbraucht der deutsche Arbeiter weniger Nahrungsmittel. Der Fleischkonsum per Kopf ist in England mehr als doppelt so groß wie in Deutschland. Geringere Ernährung — geringere Arbeitsleistung. Eine Verringerung der Arbeitsleistung um 25 Proz. ist genau das selbe, als wenn bei gleicher Arbeitsleistung in der Stunde der Arbeitstag von 10 Stunden auf 8 Stunden verringert worden wäre. Nichtsdestoweniger scheute man sich nicht, den Dreimarkzoll und den Fünfmarkzoll einzuführen. Tatsächlich wurde dadurch das Verhältnis zwischen den Lebensmittelpreisen in Deutschland und in England total umgekehrt — das wirkte auf eine Vertiefung des Unterschieds der Arbeitsleistung sehr zu Ungunsten der deutschen Industrie hin.

dennoch fand diese Mittel und Wege, die englische Industrie auf dem Markte zu schlagen. Ohne die Lebensmittelzölle käme freilich die deutsche Industrie noch ganz anders vorwärts — aber wenn nicht einmal diese Zölle die deutsche Industrie zurück zu werfen vermocht hatten, so beweist das am besten, wie groß ihre Widerstandskraft ist.

Sehen wir uns einzelne Produktionszweige an. Der Zucker wird mit fast 100 Proz. seines Wertes besteuert. Das ist ein viel schlimmerer Druck, als wenn man die Arbeitslöhne in den Zuckerfabriken verdoppelt oder die Arbeitszeit um die Hälfte kürzen wollte! Die Arbeitslöhne in der Tabakindustrie betragen nach der Berechnung der Berufsvereinigungen 75 Millionen jährlich. Wenn man da die Arbeitszeit um ein Drittel kürzen wollte, so würden die Unternehmer, selbst wenn die Arbeitsleistung per Stunde nicht gestiegen wäre, höchstens 25 Millionen mehr ausgeben müssen. Dieser Produktionszweig bezahlt an Steuern nicht 25, sondern 65 Millionen jährlich, und noch glaubt die Regierung, das sei nicht genug, und projektirt eine neue Erhöhung der Tabaksteuer.

In den Produktionskosten der modernen Industrie spielen die Ausgaben für Maschinen und Rohstoffe eine größere Rolle als der direkte Arbeitslohn. Aber schon nach der amtlichen Berechnung für 1900 tragen die industriellen Rohstoffe einen Zoll von 7,5 Proz. und ungefähr eben so viel im Durchschnitt die Maschinen. Nichtsdestoweniger proponirt uns jetzt die Regierung eine Erhöhung dieser Zölle, in einzelnen Fällen ihre Verdoppelung und Verdreifachung, und scheut, trotz dieser künstlichen Vertheuerung der Produktion, die ausländische Konkurrenz nicht! Nur wenn es sich um eine Kürzung der Arbeitszeit handelt, dann gehe darob gleich die Industrie in Stücke!

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Man weiß, welche Bedeutung für die Industrie Kohle und Eisen haben. Dennoch brachte es die Industrie während des Aufschwungs fertig, die Preise für Kohle um 50 Proz., für Eisen um 65 Proz. bis 85 Proz. zu erhöhen! Wenn man die Arbeitszeit der Bergleute und Hüttenarbeiter um eine Stunde kürzen wollte, welches Geschrei über den Ruin der Industrie würden da dieselben Unternehmer erheben, die sich nicht scheuten, „das Brod der Industrie“ in so horrender Weise zu vertheuern!

Die von uns angeführten Fälle sind direkte Hemmungen der Industrie und dauernde Beeinträchtigungen ihrer Konkurrenzfähigkeit. Anders aber verhält es sich mit dem Achtstundentag. Hier handelt es sich nur um vorübergehende Störungen, welche die Ueberführung der unregelmäßigen Arbeitszeit auf den Achtstundentag hier und da mit sich bringen könnte, denen aber von erster Stunde an eine, wenn auch nicht überall gleiche, doch allgemeine und fortgesetzte steigende Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter gegenübersteht, während das Schlussergebnis gar kein anderes sein kann, als daß die Industrie auf eine neue, höhere Produktionsbasis gebracht wird, von der aus sie, gestützt auf eine kräftigere Arbeiterschaft und leistungsfähigere Produktionsmittel, Produktionspotenzen und eine Konkurrenzstärke entwickeln kann, die früher einfach undenkbar waren!

Das Land, welches zuerst den Achtstundentag einführt, stärkt dadurch in eminenter Weise seine Stellung auf dem Weltmarkt!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Weberstreik in Weigsdorf bei Görlitz hat nach wochenlangem Kampfe mit einem Siege der Arbeiter geendet. Es wurde eine Lohnhöhung von 10 bez. 15 Prozent erzielt. — In Canstadt und Rassel sind die Schneider in eine Lohnbewegung eingetreten. In Rassel besaßen die Prinzipale die Unverschämtheit, auf eine von den Gehilfen geforderte Lohnhöhung von 25 Prozent mit Aufstellung eines Tarifs

Erbschaft.

Roman von Elise Bely.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Leo beugt sich über die Stuhllehne und bringt sein hübsches Gesicht demjenigen der Schwester ganz nahe. „Nath mal, was ich vor habe, Gestränge?“

Frau von Sill schiebt an ihrer Brille, sie ist eifrig damit beschäftigt, ein zerrissenes Handtuch noch vor gänzlichem Untergang zu retten. „Wie konnte ich das wissen?“ giebt Toni zurück, ohne die Bezeichnung, die schlechterdings gar nicht auf sie paßt, zu rügen. Ihre Augen schmerzen, sie legt das französische Buch, in dem sie ein paar Seiten gelesen, auf den Tisch. Wenn Leo's fröhliches Geschwätz erklingt, ist es doch mit der Aufmerksamkeit vorbei. Und dann mustert sie ihn scharf und setzt hinzu: „Ausgehen willst du natürlich.“

„Ja, aber mit dir!“ Und ehe sie etwas erwidern kann, drückt er ihre Finger zwischen seine beiden Hände. „Ich brauch dich nämlich nötig, Schwesterchen, deinen weisen Rath, dein Urtheil — mußt mit mir auf die Kunstausstellung!“

„Unfinn — ich war ja schon einmal dort.“ „Und Bruno sagt, es ist absolut nichts da, nichts Sehenswertes!“ bemerkt Frau von Sill und seufzt, als wenn sie selber durch diesen Ausspruch schwer getroffen sei in Hoffnungen und Erwartungen.

„Ist ja ganz gleichgültig!“ ruft der Leutnant, „was ich Toni zeigen will, ist da. Und nun komm, Schwesterlein, sei gut, mach dich hübsch.“

„Du weißt, ich habe keine Wahl!“ „Nacht nichts, du bist immer schön, distinguiert! Und vollends, wenn wir beide so miteinander — das repräsentirt, was?“ Und er richtet einen lächelnden Blick nach dem Spiegel, der das Bild des staltlichen Geschwisterpaares zu-

rückwirft. Frau von Sill zuckt ein wenig zusammen; das Wort Repräsentation war ein so geläufiges im Munde ihres Gatten! Welche Summen hat er ihm geopfert — und dann wars ja der Hauptvorwurf, den er ihr machte, daß sie nicht zu repräsentiren verstände.

„Sag nur, Leo, kannst du mich nicht zu Hause lassen?“ klingt Toni's ernste Stimme, „um irgend einer Thorheit halber bringst du mich nicht hinaus.“

„Bitte, bitte!“

„Da bin ich aber neugierig, was dahinter steckt!“ sagt die Amtsräthin, während Toni sich wortlos erhebt.

„Ja, ja,“ schmunzelt der Sohn und tippt ihr leise gegen die Wangen, und sie wagt nicht, ihren Wunsch nach Aufklärung näher zu erkennen zu geben. Sie hat Zeit ihres Lebens einen gewaltigen Respekt gehabt vor der Autorität der Männer; erst wars ihr Mann, der ihr imponirte, jetzt finds die Söhne.

Leo streicht seinen Schnurrbart vor dem Spiegel, pfeift ein paar Takte, wirft sich wieder auf den Stuhl und redt sich — „Ach,“ sagt er dann, „weißt du, so aus der Enge heraus zu können, das wär doch etwas!“

Die großen Augen der Mutter streifen ihn mit einem kummervollen Blick. „Ja, mein lieber Junge, meinst du denn nicht, daß ich nicht noch immer an das schöne Haus und den Park und das alles zurückdenken muß?“ Aber — und sie sieht nach dem Bilde ihres angebeteten Eheherrn hinauf. „Er ist ja nicht mehr da, und wenns hier auch eng ist, fügen müssen wir uns einmal!“

„Ach, so wars ja nicht gemeint.“ Er betrachtet seine Fingerringel. „Immer an den Nickel denken — niemals einen Blauen“ so recht nachlässig hinwerfen zu können. Von den Sepialappen gar nicht zu reden! Manche können's doch — ach, und man ist jung und lebenslustig und trägt einen guten Namen und hat doch auch Ansprüche an das Dasein!“

Er wendet sich ab, guckt auf den Rollendortplatz hinunter.

„Huh, wie das da krabbelt im Sande und um die Bänke herum. Kinder und Mütter und Kindermädchen — br! solch 'ne Sandkrabbele ist doch eigentlich das ganze Leben. Man brauch schon Lungenkraft und Willen, um auf einen nur mäßig hohen Berg zu kommen.“ Dann dreht er sich um und lacht über's ganze Gesicht. „Verstehe mich Mutter, 's war bildlich. Boran mücht ich unter meinen lieben Mitmenschen — und man muß so lang auf Avancement warten.“

Frau von Sill nimmt die Brille ab und legt sie neben sich auf die Fensterbank. „Mein Junge, da hilft weiter nichts, als ergeben sein und auf bessere Zeiten hoffen. Es kommt manchmal wunderbarlich im Leben.“

Der schöne Mensch schießt einen Laut der Ungebuld aus. „Die besseren Zeiten heranzwingen, das ließe sich eher hören!“

Toni tritt wieder ein. Sie trägt ein lichtgraues Frühjahrskleid, das ganz schlicht gemacht ist, und einen schwarzen Strohhut, dessen Kopf nur ein Band schmückt.

„Famos!“ ruft Leo ihr entgegen. „Bornehm! gesucht einfach — aber jeder kann denken, das Kleid sei von erster Firma geliefert. Auf deiner Figur sieht alles tailor-made aus. Sureit Frankfurt, würd ich schwören.“

Sie hat ein leichtes Lächeln um die Lippen. „Wie bewandert mein kleiner Bruder in Toilettefragen ist.“

„Was soll man denn anders mit den jungen Damen reden? Sport und Toilette. Und bei den Amerikanerinnen kommt man gar nicht darüber hinaus. Do you think that will suit me? Mutter, bist du eigentlich für eine internationale Schwiegermutter gestimmt?“ Und er faßt die Amtsräthin an beide Schultern und schüttelt sie liebevoll. „Warten wir das ab, wirst du mit einer ergebenen Miene sagen — weißt du schon, spar dir's also. Dein Sohn ist ein Taugenichts!“

zu antworten, dessen Sache noch unter die zur Zeit üblichen herabgehen. — In München hat der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe sämtliche Schneider und Schneiderinnen ausgesperrt, darunter Gehilfen mit 20jähriger Dienstzeit. Ausgesperrt sind ca. 650—700 Gehilfen, darunter etwa 400 verheiratete mit beiläufig 500 Kindern. Bekanntlich haben die Gehilfen keinerlei neue Forderungen gestellt, sondern verlangen nur, den vor drei Jahren aufgestellten und demnächst ablaufenden Tarif für weitere drei Jahre zu erneuern. Von den nicht zu den Scharmachern zählenden Firmen haben nur 21 mit ca. 600 Arbeitern und Arbeiterinnen den Tarif ausstandslos erneuert. Der Zuzug von Schneidern nach München ist strengstens zu meiden. — Der Streik der Drechsler bei Worms in Zeit ist beendet. Es ist zu keinem Siege der Arbeiter gekommen, aber auch Herr Worms hat den Schaden. Die Streikenden haben bis auf zwei Mann anderweitig Arbeit erhalten; Worms dagegen hat einige Leute erhalten, die ihren Kollegen in den Rücken fielen und denen er jetzt höhere Löhne zahlte, als sie von den Streikenden gefordert wurden. Lange wird das gute Einvernehmen zwischen W. und seinen jetzigen Hausverwaltern nicht bestehen, denn bei den jetzt von ihm gezahlten Löhnen kann W. die bis jetzt geforderten Preise nicht halten. Er muß also wieder zum Abziehen übergehen und dann werden wohl die jetzigen Streikbrecher streifen.

Eine Arbeitslofenzählung der Leipziger Gewerkschaften ergab, daß im Monat Januar in 28 Organisationen mit zusammen 12 554 Mitgliedern 1661 Mitglieder zusammen 25 000 Tage arbeitslos waren. Eine große Zahl Arbeiter arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit.

Staatliche Unterstützung der Arbeiterbewegung in der Schweiz. Die Regierung des Kantons Bern hat der Arbeiterunion Bern einen Beitrag von 400 Franken zu den Kosten des Gewerkschaftskongresses und Arbeitertages bewilligt.

Für die zukünftige Kranken- und Unfallversicherung hat der schweizerische Bundesrat einen Fonds angelegt, der jetzt reichlich die Höhe von 12 1/2 Millionen Franken erlangt hat.

Zehn Jahre als Tageblatt bestand am 1. März unser Saalfelder Parteiblatt. Es ist dem Aeußern nach das kleinste unserer Parteiblätter, hat aber trotzdem stets mit Eifer und Geschick die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Möge es mit der Zeit dazu kommen, auch größere Mittel zur Führung des Kampfes aufzuwenden.

Es fährt zum Himmel! Preiset diese „gottgewollte“ Gesellschaftsordnung! Laßt ab von dem frevelhaften Wunsch, sie zu verbessern; denn sie ist schon die beste der möglichen. Ihr zweifelt? Nun, so laßt Euch ihre Segnungen vorführen und sehet: Die Größe des in Berlin und seinen Vororten herrschenden Glends ist aus einer von der Driftkrankheit für den Betrieb der Kaufleute und Apotheker in Berlin aufgenommenen Enquete mit erschreckender Deutlichkeit zu erkennen. Parteigenosse A. Kohn erwähnte diese Aufnahme in einem von ihm in Lichtenberg gehaltenen Vortrag und gab die auf diesen Vortrag bezüglichen Zahlen bekannt. Es wurde danach durch die Enquete festgestellt, daß in Lichtenberg unter 637 frankgemeldeten Mitgliedern 31 männliche und 28 weibliche Personen sind, die kein eigenes Bett besitzen, sondern trotz der Krankheit ihr Bett mit Familienangehörigen teilen müssen; 10 weibliche und 8 männliche Personen aber haben überhaupt kein Bett als Lagerstätte. Die Verdrängung des Gesamtrests dieser Enquete soll in nächster Zeit erfolgen. — Sind das nicht himmelstreichende Zustände? Und da giebt es Menschen mit dem traurigen Muthe des Widerstandes gegen den Sozialismus, der diesen Schändlichkeiten ein Ende machen will, an denen weder die saite Bourgeoisie noch ihre staatlichen und kirchlichen Bureaukraten etwas ändern!

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Den ersten Sieg bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen in den Vororten von Berlin hat die Sozialdemokratie in Adlershof am Montag errungen. Dort wurde der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Ernst Laube, gewählt; er erhielt 422 Stimmen, während auf den Gegner nur 45 Stimmen fielen.

Einen schweren Verlust haben unsere Parteigenossen in Christiania erlitten. In dem Gebäude, in dem sich Druckerei und Redaktion unseres dortigen Parteiblattes „Sozialdemokraten“ befinden, brach am Freitag d. 2. Februar

aus, wobei Druckerei, Setzerei und Redaktion vollständig ausbrannten. Dabei gingen auch eine ganze Anzahl Papiere und Manuskripte, sowie verschiedene eben fertig gestellte Auflagen von Druckschriften verloren. Nur die Bücher und Papiere des Geschäftsführers blieben unversehrt. Der Schaden ist durch Versicherung nur zum kleinen Theil gedeckt.

Der Kongreß der französischen ministeriellen Sozialisten, der seit Sonntag in Tours tagt, ist bisher ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Er zählt 94 Delegirte. In Bezug auf die Theilnahme von Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung stimmte die Versammlung einstimmig den Ausführungen Jaures und des Parteisekretärs Briand zu, welche die Ministerchaft Millerands zunächst als ein Experiment ansehen, dessen Folgen für die Partei und deren Entwicklung abzuwarten seien. Der Kongreß nahm eine Resolution an, welche dementsprechend besagt: „Daß von der nächsten Legislaturperiode ab ein Sozialist in kein Ministerium eintreten kann, so lange nicht der Parteikongreß anders bestimmt hat.“ Dem Kongreß lag ferner ein Vorschlag auf Gründung einer eigentlichen Parteizeitung vor, welcher jedoch abgelehnt werden mußte, weil diese Gründung ein Kapital von 500 000 Frs. erfordert, welches die Partei nicht ausbringen kann. Die sozialistischen Blätter in Paris werden also in den Händen der Kapitalisten fortfahren, sich den verschiedensten, mit den Interessen der Parteien schroffstem Widerspruch stehenden Geschäften zu widmen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Auf die von Posen nach Murowana-Goslin fahrende Personenpost wurde in der Sonntag Nacht ein Ueberfall verübt. Da eine große Geldsumme befördert wurde, hatte der kaiserliche Begleiter und infolge dessen mißlang der Ueberfall. Ein Thäter wurde verhaftet. — Dem „Posener Tagebl.“ wird aus Gnesen gemeldet, am Sonntag, früh 7 Uhr, wurde auf dem Wege zwischen Kopolonowo und Groß-Croionit die Leiche des Grundbesizers und Schulkassenredanten Wurdzinski aus dem letztgenannten Orte mit tiefen Messerwunden im Kopfe gefunden. Die sofort angestellte Untersuchung habe ergeben, daß Wurdzinski aller Wahrscheinlichkeit nach bereits auf seinem Hofe ermordet und mit seinem eigenen Wagen nach der Fundstelle gebracht ist. Als der Thät dringend verdächtig ist der 20jährige Martin Jagodzinski verhaftet worden. — In der Wohnung der Ebel'schen Eheleute in Neuwiesensee bei Berlin brach während deren Abwesenheit auf unauffgeklärte Weise Feuer aus. Die beiden Kinder, die allein in der Wohnung zurückgeblieben und eingeschlossen waren, wurden erstickt aufgefunden. — Das Schwurgericht in Leipzig verurtheilte den Tischlermeister Heilig aus Schönefeld, der auf einen Schutzmann, welcher ihn bei einem Einbruche überraschte, Revolvergeschosse abgab, zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. — Wie die „Köln. Volksztg.“ aus Dsnabrück meldet, hat die Polizei dort eine umfangreiche Falschmünzwerkstätte entdeckt. Im Zusammenhang damit wurde ein Kaufmann aus Ostpreußen verhaftet. — Der kürzlich wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung in Trier unter Degradation zum Gemeinen zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilte Hauptmann Koch wurde Montag unter Führung eines Hauptmanns durch ein Begleitkommando von zwei Unteroffizieren, zwei Gefreiten und zwei Mann zur Strafverbüßung nach Köln transportirt. Da Hauptmann Koch auf dem Bahnhofs zu Koblenz einen Fluchtversuch unternahm, um sich im Rhein zu ertränken, so mußte das Kommando laden und das Seitengewehr aufplanzen. Nach der Ankunft im Festungsgefängnis zu Müngersdorf mußte der Verurtheilte zum Zeichen der Degradation Uniform, Helm, Säbel und Porteepe ablegen und Zivilkleidung anziehen. — In der Nacht zum Sonntag wurde laut „Dan. Ztg.“ auf den Wachtposten der königl. Pulverfabrik in Hanau geschossen, und zwar wurde erst ein Schuß auf das an der Chaussee liegende Wachtgebäude, sodann ein weiterer auf den daselbst patrouillirenden Posten abgegeben. Die sofort ausgenommene Verfolgung des Thäters hatte keinen Erfolg. Die Mannschaft wurde für die folgenden Tage verdoppelt. — Geschäftlicher Verluste halber hat in Wien der ehemalige Marineoffizier Karl Subatka, Redakteur des Blattes „Reichwehr“, Dienstag früh seine Frau und dann sich selbst erschossen. — In Kufalova bei Ungarisch-Weißkirchen hat ein hiesiger Landwirth Philipp Mojek seine Frau und seinen vierzehnjährigen Sohn und darauf sich selbst erschossen. Er hatte

sein Besitztum seinem Sohne übertragen, aus Mangel darüber, daß seine Frau sich nicht von ihm scheiden lassen wollte; die sich daraus ergebenden Zwistigkeiten führten schließlich zu der That.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Um Unterkommen zu erlangen, stieß in Hamburg ein arbeitsloser Arbeiter einem Schuttmann gegenüber eine Majestätsbeleidigung aus. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis. — Aus demselben Grunde machte in Altona ein Hausdiener einem Diener der belizigen Hermandad eine beleidigende Aeußerung über den deutschen Kaiser. Auch in diesem Falle erkannte das Gericht auf drei Monate Gefängnis. — Es ist fürwahr herrlich weit gekommen in unserer schönen Gesellschaftsordnung, daß Leute, die gern arbeiten wollen, sich auf diese Weise vor dem Verhungern oder Erfrieren schützen müssen.

Das „Flumenmedium“ verhaftet. Die Kriminalpolizei in Berlin hat den Privatlehrer Jentsch, den Töpfer Rothe, sowie dessen Ehefrau Anna Rothe am Sonntagabend bei einer vor geladenen Gästen veranstalteten spiritistischen Sitzung, bei der Anna Rothe mitwirkte, verhaftet. Schon seit einiger Zeit wurde die Kriminalpolizei darauf aufmerksam gemacht, daß in der Wohnung des Lehrers Jentsch, Gleditschstraße 6, regelmäßig spiritistische Sitzungen abgehalten werden, in denen die Geister längst verstorbener Personen, ja sogar auch die verstorbener Fürsten erschienen. Es wurde festgestellt, daß für diesen Unsinn hohes Eintrittsgeld erhoben wurde, und daß diejenigen, welche mit einem Geiste reden wollten, hohe Summen dafür bezahlen mußten. Dieser Schwindel, der sehr lohnend gewesen sein muß, wurde mit äußerster Vorsicht betrieben, und Fremde erlangten nur Zutritt, wenn sie eine von Jentsch oder seiner Vertrauensperson unterschriebene Einlaßkarte, die mit mehreren Mark bezahlt werden mußte, vorzeigen konnten. Wohl gegen 20 Personen, darunter einige Kriminalbeamte, waren am Sonntagabend der Einladung gefolgt, und als die Geschichte im schönsten Gange war, in welchem der unsichtbare Klopfgest (Jentsch) seinen Fokus trieb und durch sein „Medium“ Anna Rothe Blumen hervorzubringen ließ, traten plötzlich die Kriminalbeamten hervor und entlarvten das Schwindlertrio. Das Medium, das vor Schreck anscheinend von Krämpfen befallen war, erlangte, als man ihm die Verhaftung ankündigte, das Bewußtsein wieder und wurde äußerst redselig. Ebenso erging es dem Klopfgest, den man in einem dunklen Zimmer erwischte, und dem Ehegatten der Rothe. Alle drei wollten erst fest an den Humbug glauben, bequämen sich jedoch, als ihnen der Schwindel handgreiflich bewiesen wurde, dazu, klein beizugeben. Nachdem die Namen der anwesenden Personen festgestellt waren, wurde das Trio unter sicherer Bedeckung nach dem Alexanderplatz ins Polizeigefängnis eskortirt. Die Verhaftung des Mediums hatte Montag bereits zahlreiche Vernehmungen zur Folge. Im Polizeidienstgebäude am Alexanderplatz wurde es von Spiritisten. Alle, die aus den Lippen der Frau Rothe festgestellt werden konnten, waren vorgeladen, und es erschienen gegen 150 Personen, durchweg Leute aus dem Mittelstande, am meisten Frauen im Alter von 40—50 Jahren.

Ueber eine seltsame Bestrafung eines Lokomotivführers wird der „Volksztg.“ von dem Syndikus eines Lokomotivführervereins mitgetheilt: Ein Lokomotivführer hatte in einer nebligen Nacht einen Güterzug von Hamm nach Wanne zu befördern. Sein Heizer war am Abend vorher in Folge eines Sterbefalles beurlaubt worden. Im letzten Moment wurde von der Behörde als Heizer ein Schlosser gefandt, der bisher nur dreimal für einige Stunden auf einer Rangir-Lokomotive thätig gewesen war, eine formlose Prüfung dagegen, ob er wenigstens fähig sei, eine Lokomotive zum Stillstand zu bringen, noch nicht abgelegt hatte. In Folge dessen weigerte sich der Lokomotivführer, den Schlosser als Heizer mitzunehmen. Er beanspruchte die Zuweisung eines geübten Heizers. Dieser Forderung wurde entsprochen. Am folgenden Tage jedoch wurden dem Lokomotivführer von seinem Werkstättenvorsteher Vorwürfe gemacht und die Maschinen-Inspektion belegte ihn außerdem disziplinarisch mit einer Strafe von 2 Mk.

Sturzhaas-Schwarzf.

Hamburg, 5. März

Der Schweinehandel bleibt gut.

Hausfisch 360 Ctr., davon vom Norden —, vom Süden — Ctr., Preis Geizweine — Mk., Verlaubbühnen schwarz 60—61 Mk., weiße 69—61 Mk., Saure 64—59 Mk. und weiße 56—59 —, 100 Bk.

Frau von Sill lächelt glücklich, und draußen jagt Toni, dem Bruder in die frühlichen Augen sehend: „du hast eine Begegnung und brauchst mich als Jolie!“
„Was du sagst bist, Schwesterlein. Nur Jolie paßt nicht, als Dekorationsstück, als wirftames.“
Vor dem Hause hat er eine Schande des Ueberlegens.

„Droschke wäre uns beiden nun wohl angemessen!“
„Nein!“ wehrt Toni und schlägt den Weg nach der Pferdebahn ein.

Die paar Augenblicke des Wartens berührt er zu der Reflexion: „Wer nicht mit einer lampigen Million auf die Welt kommt, ist ein Lump.“

Toni erwidert nichts; sie hat die Angewohnheit anzufächeln, die Augen ein wenig beim scharfen Sehen zu verneuern, so blüht sie dem heranrollenden Gefährt entgegen. Leo hilft ihr hinauf, übersteigt schnell den ununterbrochenen Saß des Wagens und bleibt draußen stehen. Toni denkt an ihn; sie wird am Abend etwas länger arbeiten müssen, um die verlorene Zeit einzuholen, aber sie kann ihm nicht böse sein. Und es liegt so etwas Gemüthliches darin, eine mütterliche Rolle für ihn durchzuführen; er ist wie ein Kind mit seinem Vertrauen zu ihr. Um seine erste Liebesliebe hat sie gewußt, die kleine, angebetete Clara, der er den Vorzug mit Erbitterung nachtrag. Und noch vor kurzem hat er ihr erzählt, daß er eine blonde Oberstochter liebt und weiß, daß sie ihm nicht minder gut ist — und daß doch sie, wie aus der Sache etwas werden kann, weil dort auch kein Geld ist. Mit Stumpf und Stiel muß ich diese Keigung ausrotten! „Aber harte Arbeit wirds sein — so was schmerzt, Schwesterchen, schmerzt sehr.“ — hat er versichert, und in seinen Augen hat's leicht geschimmert.

Sie ist ihm mit der Hand über die Stirn gefahren und in sein lockiges Haar. Bierzehn Tage später fand sie einen

offenen Brief im Korridor, den er verloren und den sie glücklich der Mutter untergeschlagen konnte. Er war von einer kleinen Längerin „des Theaters Unter den Linden“ — er hatte schnell mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Sie lächelt vor sich hin, und ein Herr in der entferntesten Ecke wird aufmerksam auf sie und sieht sie unverwandt an; sie gewahrt das nicht. Moabit! Ueber Brücker, an der Stelle vorüber, wo Berlin den Eindruck einer Fabrikstadt macht, an dem kleinen Thiergarten entlang, wo es knipst und grünt und janzende Kinderstimmen erschallen und das Rufen ihrer Hüterinnen; Kajernen tauchen auf und die gewaltigen Gebäude, wo die Verbrecher ihren Strafpruch erhalten und wo sie hinter himmelhohen Mauern gebüßt werden. „Det Kriminal!“ jagt eine Frau zu ihrem Jungen, „da hüf dir vor! das kann einem nich seih genug gesagt werden.“ „D, tief bloß!“ räumt der Bengel den braungehen Löwen vor dem Gerichtsgebäude an, der die Kranken in den Dracheneib schlägt, und hört absolut nicht die mütterliche weisheitsvolle Mahnung, „Nanz wie im Zoologischen, bloß daß er da nich hant!“ Die Umstehenden lachen, und der Junge ist empfänglich für den Anfall, er verjucht auf den Sitz zu klettern und sich weiter bemerkbar zu machen.

Toni kommt selten in diese Gegend Berlins, die ihr immer wieder wie eine neue, andere Stadt erscheint. Das Straßenbild ist ein völlig verschiedenes dem Besten gegenüber. Die Uramia taucht auf, die Bogen der Eisenbahnüberführungen schimmern roth, der Ausstellungsplatz wird sichtbar.

„Bestrafung!“ Man steigt aus, Leo steht da, ihr die Hand zu reichen. Der unverwundete Beobachter duckt sich jetzt zur Seite. Die Geschwister gehen nebeneinander her.

„Eine Droschke hätte uns gleich an den Eingang gebracht.“ meint Leo. „Aber — Sparjamkeit ist gut.“

„Wenn sie notwendig ist!“ ergängt Toni.
„Ich will der Sache ein Ende machen, ich bin nun fest entschlossen. Es ist sonst ein zu elendes Leben, man kommt nicht aus den Klauen der Manichäer heraus!“ brauft Leo plötzlich hervor. „Es ist die einzige Rettung.“

Toni hemmt ihren Schritt und sieht ihn scharf an.
„Du — willst heirathen — reich, natürlich.“
„Ja! Nur bin ich noch zweifelhaft in der Wahl. ‚Sie‘ möchten mich natürlich alle. Gott, die Weiber haben's nun mal auf mich nicht iblein Kerl abgesehn.“

„Und die blonde Anne-Marie — raus mit Stumpf und Stiel?“ forschet sie. Er wird ein ganz klein wenig verlegen.

„Es war ja doch 'ne aussichtslose Sache. Ich mußte vernünftig sein!“

„Sie wirds ja auch wohl sein — wirds ja müssen. Ach, ihr Männer, ihr habt's — gut ist kein Wort. Dahin geht ihr, nach ein bißchen Amüement. Vernünftig sein — Herzen brechen nicht so leicht.“ Sie sagt es mit einem Anflug von Bitterkeit.

„Ja, siehst Du, Toni, kann ich die Welt ändern?“
Sie lacht herb auf. „Du nicht und all Deine Kameraden nicht — und manche andere auch nicht. So lang das noch so ist, wie 's ist, so lang die Frau noch eine minderwertige Waare ist, die man erkaufte, oder von der man sich kaufen läßt — doch das verstehst du nicht. Ist auch nicht möglich.“ Und ihr Ton ist plötzlich wieder ganz verändert und fast harmlos. „Also die Dual der Wahl hast du — und darum bin ich hier.“

Sie stehen nun vor der großen Steintreppe, die an Gebäud, Springbrunnen und plastischen Gruppen vorüberhimmelt führt in den Ausstellungsplatz.

(Fortsetzung folgt.)